

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei halbjährlicher Bestellung auswärts für Deutschland 10,- M., im voraus zahlbar, bei der Expedition (siehe oben) 8,50 M. Für den Postweg nehmen sämtliche Postämter Beiträge entgegen. Unter Briefmarken für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. monatlich. Auslandskontingente, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 56.

Die achtgrößte Anzeigenliste über dem Meeresspiegel. — M. einschließlich Erwerbungsbeitrag. Einzel-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbungsbeitrag. Danksagende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4518, 4603, 4635, 4648, 4923

Die Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wofür kämpft die USPD?

Der Wahlkampf ist auf seinem Höhepunkt angelangt. Die Wähler und Wählerinnen werden von allen Parteien mit gedrucktem und geredetem Agitationsmaterial übersättigt. Versprechungen über Verbesserungen werden ihnen gemacht. Das alte Wort, daß niemals so viel gelogen wird, wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd, bewahrheitet sich wiederum an seinem ersten Tage.

Ueber den Meinungsstreit unserer Tage stellt die U. S. P. als richtunggebendes Ziel auf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische Ordnung, die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Die Unabhängige Sozialdemokratie begnügt sich aber nicht damit, solche Ziele zu nennen, deren sofortige Erreichung durch die augenblicklichen Machtverhältnisse erschwert ist, sondern sie zeigt der Arbeiterklasse den Weg, auf dem sie schon jetzt eine Verbesserung ihrer elenden Lage erreichen kann. Wir suchen nicht neue Bewirer in die Reihen der Arbeiterklasse dadurch zu tragen, daß wir täglich neue Parolen aufstellen, sondern wir wollen das Proletariat zur Erkenntnis bringen, daß es nur vom Ende des Klassenkampfes aus, von den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus geleitet, in geschlossener Front dem außerordentlich gut gerüsteten Gegner mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten kann.

Darum hat schon das Leipziger Aktionsprogramm unserer Partei eine Reihe von Forderungen genannt, die sofort erfüllt werden können, wenn die Arbeiterklasse zu ihrer Durchsetzung entschlossen ist.

Wofür kämpft die Unabhängige Sozialdemokratie?

Wir erstreben mit allen Mitteln die Eroberung der politischen Macht und ihre Behauptung durch die Diktatur des Proletariats. Wir lehnen jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ab und verwerfen die Arbeitgemeinschaften mit dem Unternehmertum. Wir führen den Kampf gegen die rechtssozialistische Reformpolitik, müssen es aber auch zurückerweisen, daß das Proletariat, wie es die Kommunisten wollen, durch Forderungen zu Putzchen, durch die Spaltung der Organisationen der Arbeiterklasse, durch Spielereien mit Revolution und Nationalismus auseinandergeht und kampfunfähig gemacht werde.

Wir fordern in der gegenwärtigen Situation die proletarische Massenaktion zur sofortigen Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere den Kampf um die sofortige Sozialisierung im Bergbau.

Die wichtigste Aufgabe ist gegenwärtig der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wir fordern das Verbot der

Stillegung der Betriebe, ihre Fortführung zur Herstellung von Bedarfsgegenständen des Massenkonsums.

Wir fordern zur Linderung der augenblicklichen Not ausreichende Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen und durchgreifende Erhöhung der Unterstützung bis zur Garantie des Existenzminimums, das unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte festzusetzen ist.

Unsere Vertreter in den Gemeinden müssen eine energische Kommunalisierungspolitik betreiben, insbesondere eine sozialistische Wohnungspolitik, unterstützt durch eine Sozialisierung des Baugewerbes und der Bauhilfsindustrien und der Fortschritt.

Wir fordern die sofortige rückwärtslose Erhebung der Besitz- und Vermögenssteuern, die Durchbrechung der bürgerlichen Finanzpolitik durch die sofortige Sozialisierung der entscheidenden Produktionszweige.

Wir fordern ausreichende soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsgeldbesitzenden und Hinterbliebenen, Arbeitsunfähigen und Altersrentner.

Für Preußen fordern wir die Umgestaltung des staatlichen Apparats unter entscheidender Mitwirkung der arbeitenden Klassen. Wir bekämpfen die Militarisierung der Polizei, wir wollen, daß sie den Kommunen unterstellt werde.

Wir fordern eine gründliche Umgestaltung der Rechtspflege. Wir verlangen die Rücknahme der staatlichen Betriebe für die Interessen der Gesamtheit. Wir fordern die Sozialisierung des Heilwesens und des Hebammenwesens.

Wir kämpfen für die freie Schule, für die Beseitigung der Klassenunterschiede auf dem ganzen Gebiete der Erziehung.

Wir verlangen die Konsolidation der Sozialversicherung, die vollständige Einziehung der Kronrenten. Wir fordern die Umwandlung der Staatsdomänen in sozialistische Wirtschaften, die Beseitigung des Privatbesitzes an den großen Gütern und Zirkelrenten.

Das sind die wichtigsten Forderungen, die die Unabhängige Sozialdemokratie schon in der Gegenwart stellt und für die sie auch den Wahlkampf in Preußen führt. Am 20. Februar sollen sich alle Wähler und Wählerinnen darüber entscheiden, ob sie kapitalistische Reaktion oder sozialistischen Fortschritt haben wollen. Für das revolutionäre Proletariat, für die Männer und Frauen der arbeitenden Klassen, für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten kann es an diesem Tage nur heißen:

- Gegen den Kapitalismus!
Gegen die kapitalistischen Parteien!
Gegen Reformsozialismus und kommunistische Zerstückelungspolitik!
Für die proletarische Revolution!
Für die Verwirklichung des Sozialismus!
Für die Unabhängige Sozialdemokratie!

Waffenlager der Orgech

Waffenfunde und Waffenschiedungen

Das Polizeipräsidium teilt mit: Wie erinnerlich, beschlagnahmte die Berliner Polizei vor mehreren Tagen in Westend ein Anzahl Waffen und stellte fest, daß diese Waffen (insgesamt 39 Maschinengewehre, 35 Karabiner, 46 Seitengewehre, zahlreiche M.-G.-Munition und M.-G.-Geräte der verschiedensten Art) von Mitgliedern einer Orgech-Organisation, einem Elßner Dr. Hehl und Genossen, nach Westend verbracht worden sind. Polizeiliche Feststellungen haben jetzt ergeben, daß Dr. Hehl und Genossen die Waffen aus einem leerstehenden Gebäude der früheren Oberfeuerwerkerschule in Berlin, Lehrter Straße, abgeholt haben. Die nachfolgenden Ermittlungen an Ort und Stelle führten zur Feststellung und zur Beschlagnahme eines weiteren außerordentlich umfangreichen Waffenlagers, als dessen Hauptbestandteil 2000 Infanteriegewehre, Modell 1898, zu erwähnen sind. Bei den gesamten Beständen — den noch in der Lehrter Straße befindlichen und den inzwischen von dort fortgeführten — handelt es sich anscheinend um Waffen und Munitionsporräte einer früheren Zeitfreiwilligen-Formation, die nach Zeugnisanlagen vor etwa 1 1/2 Jahren Porräte der genannten Art in dem betreffenden Gebäude untergebracht hat.

Dr. Hehl ist früher Angehöriger eines Zeitfreiwilligenverbandes gewesen. Als bemerkenswert ist ferner hervorzuheben, daß Dr. Hehl bis zum Kapp-Putsch bei der Oberstaatsanwaltschaft des Kammergerichts als Gerichtsassessor beschäftigt war, seitdem aber beurlaubt ist, da gegen ihn ein Verfahren wegen Beteiligung am Kapp-Putsch schwebt.

Da Polizeipräsidium hat die Ermittlungsvorgänge jetzt an die zuständige Staatsanwaltschaft abgegeben.

Diese Entdeckung bestätigt nur, daß alle Mitteilungen, die wir über den Charakter der Orgech bisher machen konnten, vollkommen auf Wahrheit beruhen, und daß alle Behauptungen der rechtsstehenden Presse von der Harmlosigkeit der Orgech bewußte Lüge und die laue Haltung der Regierung gegenüber dieser bewaffneten Bande der Gegenrevolution ein Verbrechen sind. Diese milde Duldung kommt der Begünstigung von hochverräterischen Unternehmungen gleich.

Wir sind überzeugt, daß diese entdeckten Waffenstapel nicht die einzigen sind, die sich in der Hand der Orgech befinden. Und nicht nur früher zurückgehaltene Waffen sammeln die Orgech, sondern sie bezieht noch jetzt die Reichswehr, um ihre Bestände zu füllen. So wird soeben der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Kolberg, berichtet:

„Hier wurde eine Waffenladung, bestehend aus 138 Gewehren, 12 Karabinern, zwei Maschinengewehren und 1900 Patronen, beschlagnahmt, die aus Beständen der Reichswehr und der Treuhändergesellschaft gekohlen waren. Berliner Schieber hatten sich in den Besitz der Waffen gesetzt und waren im Begriff, die Sendung weiter zu verschicken. Die Beteiligten wurden verhaftet.“

Jeder Denkende weiß, wer die Schieber sind und wohin die Waffen verschoben werden sollen. Die Entdeckung in Berlin zeigt es.

Was gedenkt der Herr Entwaffnungskommissar zu tun, um dieser Gesellschaft endgültig das unsaubere Handwerk zu legen?

Deutschnationales Liebeswerben

Von Ella Seger

Bis zur Revolution waren bekanntlich alle bürgerlichen Parteien heftige Gegner des Frauenwahlrechts. Heute drücken sie sich zum Teil mit dem Verdienst, das Frauenwahlrecht eingeführt zu haben, wie die Demokraten; zum Teil bekennen sie sich noch als seine „grundsätzlichen“ Gegner, wie die Deutschnationalen. Alle aber bemühen sich nach Kräften, im Wahlkampf ihren Vorteil daraus zu ziehen; voran das Zentrum und die deutschnationale Volkspartei. Für sie ist nicht grundsätzliche Stellungnahme die Hauptsache, sondern die Ausnutzung des nun einmal vorhandenen Übels zum Vorteil ihrer Partei. Auf die Frage: „Wie hältst du es mit dem Frauenwahlrecht?“ gibt daher Julius Berner in der „Deutschen Tageszeitung“ die bezeichnende Antwort: „Wir streiten über diese früher viel umstrittene Frage jetzt nicht“, und fügt dann hinzu: „Jetzt gilt es um Heil des Vaterlandes von der „glorreichen Errungenschaft der Revolution“ einen guten Gebrauch zu machen. Die Frauen sollen alle deutschnational wählen.“ Das ist kurz und bündig die Stellungnahme der Deutschnationalen: ob Frauenwahlrecht oder nicht, die Hauptsache ist, wenn wir es einmal haben, daß die Frauen deutschnational wählen.

Diese Taktik wird von den Frauen der eigenen Partei zwar durchschaut, wie aus einem Artikel von Agnes Harder in derselben Nummer der „Deutschen Tageszeitung“ hervorgeht. Trotz dieser sehr richtigen Einschätzung ihrer eigenen Parteigenossen ist aber auch Agnes Harder der Ansicht, daß „die gemeinsame Arbeit von Mann und Frau in Gemeinde- und Staatshaushalt gerade für den Konservativen die einzige Möglichkeit ist, eine neue Zeit heraufzuführen.“ Fürwahr ein offenes Bekenntnis! Nicht einen gemeinsamen Kampf aller Frauen für Fraueninteressen wollen also die deutschnationalen Damen führen, wie sie doch im Wahlkampf ihren „proletarischen Schwestern“ so gerne erzählen, sondern einen gemeinsamen Kampf von konservativen Frauen und Männern für konservative Interessen. Das bedeutet im jetzigen Wahlkampf nach den eigenen Worten der Deutschnationalen Helene Wend-Rüggeberg „eine preußische Staatsverwaltung zu schaffen, die Bismarcks Jüge trägt. Preußen darf nicht nach Berliner Muster der Tyrannie selbstsüchtiger, engherziger, kleinlicher Geister (das sind die sozialistischen Stadterordneten. D. Berl.) unterliegen, deren materialistische Weltanschauung alle idealen Werte ehemaliger deutscher Größe zu erstickend drückt.“ Die sozialistischen Frauen“, meint Frau Wend-Rüggeberg, „rufen bei ihrer Wahlagitiation alle bösen Geister zu Hilfe. Sie wecken den Neid, die Mißgunst, die Unzufriedenheit, den Haß, sie schwingen die Heppheitskeule und nähren das Mißtrauen gegen die Besitzenden durch Lüge und Fanatismus.“ Aber die Frauen der deutschnationalen Volkspartei, der Massenmordpartei, der Partei des Militarismus, sie suchen mit „sanftem Liebeswerben gegen solche Bosheit das Vertrauen“ der so „verhehten“ Frauen zu gewinnen.

Dementsprechend suchen sich die Deutschnationalen auch diejenigen Frauen aus, die auf ihr „sanftes Liebeswerben“ hereinfallen könnten. Sie appellieren nicht an den Verstand, sondern an das Gefühl, sie fahnden nach Frauen, die noch möglichst tief in den Vorurteilen ihrer Klasse und der Kirche befangen sind. „Dabei denken wir eben nicht in erster Linie an die intellektuelle und politische Belehrtheit der Frauen, sondern an ihre unverdorbenen, vom Geist der christlichen Religion durchleuchtete Wesenheit. Die Frau unserer deutschen Hoffnung ist die religiös bestimmte, die christliche Frau.“ Zu dieser Christlichkeit gehört aber unbedingt auch die Begeisterung für Krieg und Massenmord, denn in demselben Artikel wird lebhaft geklagt über die „Erschütterung und Zermürdung der so unentbehrlichen Durchhaltepolitik, wie sie durch die so übel berüchtigte Klagebriefe vieler Ehefrauen hervorgerufen wurde.“ Diese Verzweiflungsschreie proletarischer Frauen und Mütter, herausgeredet durch das tiefe Elend des Krieges, nennt der Artikelschreiber ein „unwürdiges Treiben“, das in „schamlosester Weise zutage trat“.

Auf welche Weise übrigens die Deutschnationalen Frauenstimmen zu erobern gedenken, möge ein Blick aus derselben Beilage beweisen: „Es wird nicht immer möglich sein, jede Wählerin zur eigenen sicheren Erkenntnis der politischen Lage und Notwendigkeiten zu bringen. In solchen Fällen kann ein Uebermachen des Wahlzettels nur erzwungen und gut sein.“ Auf diese Gefahr einer zwangswelken politischen Bevormundung müssen vor allen Dingen alle Hausangestellten nachdrücklich hingewiesen werden, denn an ihnen wird man wohl diese Ueberwachung zuweilen zu üben versuchen.

Wie tief man im deutschnationalen Lager die eigenen Wählerinnen einschätzt, beweist eine Broschüre von Frau Dr. Elisabeth Spahr: „Deutschnationale Vererbung der Fraueninteressen in der preußischen Landesversammlung“. Mit einer beispieldosen Demagogie verucht die Verfasserin den Frauen klar zu machen, daß ihre Interessen am besten von den Deutschnationalen vertreten würden, indem sie ein-

zelne Anträge und Ausführungen ihrer Parteigenossinnen in der Landesversammlung anführt, die von den Sozialisten als ungenügend abgelehnt wurden. Aus dieser Ablehnung macht die Verfasserin dann eine grundlegende Gegenwartsfrage der Sozialisten gegen die sozialen Forderungen der Deutschnationalen. Hierfür ein Beispiel: Die deutschnationale Volkspartei stellt einen Antrag auf Unterstützung und Ausbildung von Invaliden- und Kriegserwitwen, zu welchem Zweck eine Benutzung privater Stiftungen und Wohltätigkeitsvereine empfohlen wurde. Das ist aber eine Methode, die wir Sozialisten als völlig ungenügend ablehnen müssen. Frau Dr. Spohr zitiert nun zwei Anträge ihrer Partei und fügt hinzu: „Die Sozialdemokraten sind gegen diese Einrichtungen, wie sie durch Widerspruch bei unseren Anträgen bewiesen haben.“ Daraus geht hervor, daß die Verfasserin natürlich auf die politische Unkenntnis ihrer Leserinnen spekuliert.

Gerade die parlamentarische Tätigkeit der deutschnationalen Fraktion beweist, daß diese Partei auch bei ihrer Vertretung von Fraueninteressen nur an die Interessen der Frauen ihrer Klasse denkt. So lehnt zum Beispiel Frau Dr. Spohr die Erwerbstätigkeit der Frauen mit den Worten ab: „Durch die Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen außerhalb des Hauses wird nicht das eingebracht, was sie als tüchtige Hausfrau in der eigenen Wirtschaft sparen kann.“ Dabei sagt Frau Dr. Spohr natürlich nicht, daß es vor allem die Frauen des Proletariats sind, die durch die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise meist sehr gegen ihren Willen gezwungen werden, durch Erwerbsarbeit zum Unterhalt der Familie beizutragen. Und wenn Frau Dr. Spohr meint, daß die Hausfrau im Hause mehr ersparen kann, als sie bei der Erwerbsarbeit verdient, so vergißt sie dabei den Grund anzuführen: nämlich die miserable Bezahlung der Frauenarbeit. Auf diesem Gebiete aber stellen auch die Deutschnationalen ihren Mann, sie bekämpfen die Forderungen der Hausangestellten mit aller Entschiedenheit, wobei sie lediglich die Interessen der Frauen ihrer Klasse vertreten.

Herr Dr. Köhler wandte sich scharf gegen die achtstündige Arbeitszeit und einen Tarifvertrag der Hausangestellten. Er meinte, die Hausangestellte solle der Hausfrau „nicht im kalten Vertragverhältnis gegenüberstehen“, sondern „helfen in der sittlichen und sozialen Gemeinschaft des Familienlebens“. „Wer im Hause wohnt und arbeitet“, heißt es weiterhin sehr schön, „nimmt an dem Gemeinschaftsleben des Hauses, auch außerhalb der acht Stunden teil“. Die wenigsten Hausangestellten werden davon etwas merken. Ihr Verhältnis zu dem Gemeinschaftsleben des Hauses, das aus Arbeit und Vergnügen zusammengesetzt ist, besteht eben darin, daß das Vergnügen auf die Familie und die Arbeit auf die Hausangestellten entfällt. Auf eine solche „Teilnahme“ am Gemeinschaftsleben des Hauses werden wohl die Hausangestellten stundenweise ganz gerne verzichten. Die Deutschnationalen bestreiten ja überhaupt die Notwendigkeit einer Reorganisation des Haushalts. Herr Dr. Köhler verstieg sich zu dem von seinerlei Sachkenntnis getriebenen Ausspruch: „Die Hausarbeit ist und bleibt doch eine der besten volkswirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten unserer weiblichen Arbeitskraft“. Diese Stellungnahme braucht bei den Deutschnationalen nicht Wunder zu nehmen. Mit einer bürgerlichen Hausfrau, deren Hausarbeit nicht von ihr selbst, sondern von ausgebeuteten Hausangestellten getan wird, liegt natürlich keinerlei Bedürfnis zur Abänderung dieses Zustandes vor.

Gerade aus dem letzten Satz läßt sich erkennen, daß die Deutschnationalen in ihrer Rückständigkeit ein wirtschaftliches Ideal anstreben, wie es im Mittelalter einmal bestand, nämlich das sogenannte patriarchalische Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeiter. Das ist das Verhältnis, wo der Arbeiter durch eine persönliche Verknüpfung mit dem Arbeitgeber völlig dessen Gnade oder Ungnade ausgeliefert ist. Diese Deutschnationalen vermögen aber, obwohl sie den Interessen der proletarischen Frauen vollkommen zuwiderlaufen, noch immer viele Frauen anzulocken. Die Statistiken, die man bei den letzten Wahlen über die Verteilung der Frauenstimmen aufgestellt hat, haben gezeigt, daß die gesamte Reaktion, besonders aber die deutschnationale Volkspartei, die meisten Stimmen aus den Reihen der indifferenten Frauen erhält. Deshalb muß es die Aufgabe aller Arbeiterfrauen sein, die sich ihrer Klassenlage bewußt geworden sind, ihre Geschlechtsgenossinnen über die wahre Absicht des deutschnationalen Liebeswerbens aufzuklären.

Der Achtstundentag in Gefahr

Neunstundentag bei der Eisenbahn

Als bei der jüngsten Bewegung der Beamten um die Besoldungsreform die Organisationen der Beamten unter Führung der Zentrale des „Deutschen Beamtenbundes“ vor den ersten Drohungen der Regierung zurückwichen und das Streikrecht der Beamten völlig preisgaben, da sagten wir voraus, daß diese schwächliche Haltung der Beamten noch am eigenen Leibe werden zu spüren bekommen. Die Regierung hat nur bei den Eisenbahnern Widerstand gefunden und auch dort nur, weil der freigewerkschaftliche „Deutscher Eisenbahnerverband“ das Rückgrat der Gewerkschaften der Eisenbahner bildete.

Die Regierung schickt sich nunmehr an, die Situation auszunutzen und die Arbeitsverhältnisse der Beamten weiter zu verschlechtern. Gestützt auf die Thesen, daß jeder Beamte verpflichtet sei, seine volle Arbeitskraft in den Dienst des Reiches zu stellen, wurde bereits jüngst durch Richtlinien über die Arbeitszeit der Beamten, herausgegeben vom Reichskabinett, die Verlängerung der Arbeitszeit für die Staatsbediensteten vorbereitet. Die Reichsregierung geht also mit der Aufhebung des Achtstundentages voran.

Jetzt ist der „Deutsche Eisenbahner“ in der Lage, ein Dokument zu veröffentlichen, das die Absichten der Regierung noch deutlicher erkennen läßt. Der Reichsverkehrsminister hat an seine nachgeordneten Behörden folgenden Erlaß gerichtet:

Der Herr Minister möchte möglichst bald Material darüber haben, welche Einwirkung eine Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter um eine Stunde, insbesondere in finanzieller Beziehung und hier wieder vor allem hinsichtlich sachlicher Ersparnisse haben würde.

Eine Erörterung der Frage soll am 28. d. Mis. vormittags im großen Sitzungssaal stattfinden.
Z. B. Stieber.

Die Richtlinien der Reichsregierung haben die Bahn frei gemacht für die allmähliche Aufhebung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben, und nun suchen die Ressortbeamten die Verlängerung der Arbeitszeit zu verwirklichen. Der Herr Reichsverkehrsminister muß vorsichtig

sein, denn er weiß, daß die Eisenbahner nicht mit sich spielen lassen. Er tastet daher vorsichtig das Feld ab, indem er zunächst noch Material verlangt, welche Einwirkung eine Verlängerung der Arbeits- und Dienstzeit der Beamten und Arbeiter haben würde — in finanzieller Beziehung und hinsichtlich sachlicher Ersparnisse sagt er, in bezug auf die Stimmung der Beamten und Arbeiter meint er.

So der Reichsverkehrsminister. Bei anderen Behörden dürfte die Verlängerung der Arbeitszeit in kurzer Zeit durch Verordnung veranlaßt werden, wenn die Beamenschaft nicht noch im letzten Augenblick einem Widerstand sich aufstellt, worauf wir wenig Hoffnung haben. Die Beamtenorganisationen, die das Streikrecht preisgegeben haben, werden auch für den Achtstundentag nicht zu kämpfen wissen.

Die deutsche Arbeiterschaft aber wird diesen Streich der Regierung abzuwehren haben. Die Aufhebung des Achtstundentages für die Staatsbediensteten wird für die Industrie das Stichwort sein, ihre Angriffe gegen den Achtstundentag zu erneuern und heftiger zu gestalten. Vor dem Reichstag aber wird sich die Regierung zu verantworten haben für die Art, mit der sie die Reichsgesetze aufhebt, ohne das Parlament zu befragen, denn wir haben schon einmal darauf hingewiesen, daß im Achtstundentags-Gesetz nichts davon steht, daß es für die Beamten und für die Arbeiter in den Staatsbetrieben nicht gelten soll.

Die Kandidaten der USPD zur Preußenwahl

Stadtkreis Berlin

1. Leib, Carl, Redakteur, Berlin.
2. Niebisch, Theodor, Rechtsanwalt, Berlin.
3. Meier, Otto, Parteisekretär, Berlin.
4. Weal, Dr. Herm., Arzt, Berlin.
5. Manasse, Walden, Schriftsteller, Berlin.
6. Sabath, Sufan, Gewerkschaftssekretär, Berlin.
7. Wolf, Elise, Lehrerin, Berlin.
8. Jachert, Edward, Postbetriebsassistent, Berlin.
9. Raas, Reinhold, Angestellter, Berlin.
10. Kraemer, Luise, Ehefrau, Berlin.

Potsdam 4

1. Richter, Peter, Lichtenberg.
2. Olm, Emil, Bellin (Markt).
3. Rüter, Richard, Karlshorst.
4. Stimming, Franz, Lichtenberg.
5. Rechenberg, Frederdorf.
6. Kiesel, Frau, Reinholdsdorf.
7. John, Alfred, Brandenburg.
8. Schmidtchen, Fritz, Templin.
9. Knope, Wittenberge.
10. Richter, Gustav, Ludenwolde.

Teltow-Beeskow

1. Klauhnor, Georg, Storkow.
2. Klob, Emil, Adlershof.
3. Reile, Richard, Neukölln.
4. Kunert, Marie, Lichterfelde.
5. Neumann, Paul, Romanow.
6. Hoffmann, Wilh., Schmargendorf.
7. Biermann, Dr. Fritz, Steglitz.
8. Lampe, Emil, Köpenick.
9. Richter, Georg, Mariendorf.
10. Kauer, Gottl., Charlottenburg.

Die Ueberschichten

Eine Erklärung des Bergarbeiterverbandes

M. Bochum, 14. Februar.

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands vertritt folgende Erklärung:

Durch die Presse geht die Nachricht, daß am Sonntag eine Konferenz der Verbandsleiter unseres Verbandes zur Ueberschichtenfrage Stellung genommen und beschlossen habe, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen und nicht zu erneuern. Diese Nachricht ist irreführend; denn es hat eine solche Konferenz für das ganze Ruhrgebiet noch nicht stattgefunden. Infolgedessen liegt auch noch kein endgültiger Beschluß in dieser Frage vor. Zugewiesen soll aber werden, daß eine Reihe von Zahlstellen- und Belegschaftsversammlungen sowie auch einzelne Bezirkskonferenzen sich mit dieser Frage beschäftigt und die Einstellung der Ueberschichten verlangt haben. Die Verhandlungen darüber sind aber noch nicht abgeschlossen. Der Vorstand wird in aller nächster Zeit zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen. Wahrend dabei werden auch die Entschlüsse sein, die auf der Internationalen Konferenz in London gefaßt worden sind. — Des weiteren teilt der Verbandsvorstand in seiner Erklärung mit, daß mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen dürften und bezwecken, daß die Ausgabe von Bebensmitteln und sonstigen Zuwendungen nicht mehr auf den Zechen, sondern durch die Konsumgenossenschaften erfolgen möge. Es ist in Aussicht genommen, diese Neuregelung ab 1. März d. Jo. in Kraft treten zu lassen.

Die Reichseinnahmen im Dezember 1920

Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Abgaben, Zöllen usw. betragen im Monat Dezember 1920 insgesamt 7.149.633.315 M. Davon entfallen auf die Einkommensteuer 1.4 Milliarden Mark, auf Kapitalertragssteuer 366 Millionen Mark, auf Reichsnotopfer 2,5 Milliarden M., auf Versteuern 70.000 M., auf Erbschaftsteuer 31,3 Millionen M. In den Monaten April bis Dezember 1920 wurden insgesamt eingenommen: an Einkommensteuer 5,7 Milliarden M., an Kapitalertragssteuer 547 Millionen M., an Reichsnotopfer 2,0 Milliarden M., an Versteuern 6,1 Millionen M., an Erbschaftsteuer 139 Millionen M.

Zum ersten Mal macht das Reichsnotopfer einen nennenswerten Beitrag aus. Das rührt daher, weil mit dem 31. Dezember 1920 die ersten Abgaben fällig gewesen sind. Aber diese Einnahme ist nur nominell, denn da das Reichsnotopfer in Kriegsanleihe erlegt werden darf, handelt es sich in der Hauptsache nur um den Rücklauf von Staatsschuldverpflichtungen. Als Aktivum für den Etat kann bestenfalls nur die entsprechende Zinsersparnis gelten.

Die Dezember-Einnahmen der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung betragen 511,6 Millionen M., die der Reichseisenbahnverwaltung 1,41 Milliarden M.

„Wilhelm I. R.“

Auf „Allerhöchsten Befehl“

Der „Eund der Aufrechten“ hat dem kaiserlichen Deferteur nach Holland einen Geburtsstogram seiner Mitglieder überhandt. Darauf ging diesen Aufrechten ein Dankschreiben zu, das die Berliner „Neuzzeitung“ mit sichbarer Genugtuung an herortragen der Stelle zum Abdruck bringt. Es lautet:

Seine Majestät haben bewegten Herzens die auch zum diesjährigen Geburtsstagen vom „Aufrechten“ wieder eingegangenen herzlichsten Bände der „Grüßblätter“ erhalten. Wie dankbar und wohlwollend Seine Majestät in dieser sorgenvollen Zeit die Annehmlichkeiten an dem ernsten Zustand Ihrer Majestät der schwer leidenden Kaiserin und die treuen Wünsche aus der Heimat empfinden, wollen Sie aus den auf Allerhöchsten Befehl hier beigefügten kaiserlichen Dankesworten ersiehen. Seine Majestät lassen bitten, allen an den Grüßblättern freundlich Beteiligten warmen Dank übermitteln zu wollen. Auf Allerhöchsten Befehl v. Gontard.

Die „auf Allerhöchsten Befehl“ beigefügten Dankesworte haben folgenden Wortlaut:

Doorn, 27. Januar 1921.

„Tief gerührt durch die zahlreichen Beweise rührender Treue und Unhänglichkeit heißen Dank!“
Wilhelm I. R.“

Der Hohenzollernnarr betrachtet sich also nach wie vor als I. R. Er ignoriert geflissentlich, daß Deutschland eine Republik und er sich nicht mehr als Imperator Rex, sondern er sich bestenfalls als Imperator Rex ex bezichtigen kann.

Glaubt Wilhelm etwa, daß die Deutschnationalen schon so weill seien, um ihn zurückholen zu können?

Die Brandstifter

Die Ortsgruppe Berlin des Mitteldeutschen Verbandes hat folgende Entschlüsse angenommen:

„Mit Genugtuung hat die Berliner Ortsgruppe des Mitteldeutschen Verbandes dessen Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung die unerhörten neuen Forderungen der Pariser Konferenz als unannehmbar zurückgewiesen hat. Um so stärker ist die Besorgnis und der Unwille über die trotzdem erfolgte Annahme der Einladung nach London unter Vorbedingungen, deren Erfüllung nach den bisherigen Erfahrungen und den letzten Erfahrungen der feindlichen Staatsmänner keineswegs sicher erscheint. Wir fürchten, daß abermals, wie in Versailles und Spa, das Diktat der Feinde angenommen und dadurch von der Reichsregierung die völlige Verküpfung des deutschen Volkes auf Geschlechter hinaus als geschehene Erfüllung des Friedensvertrages anerkannt und uns auferlegt wird.“

Wir wissen uns eins mit den Deutschen aller Schichten und Parteien im ganzen Vaterlande, wenn wir die Regierung aufordern, unter allen Umständen fest zu bleiben und lieber Gewalt zu dulden, als freiwillig sich unter das Joch der Anrechtenschaft zu beugen.“

Der Mitteldeutsche Verband tritt also hier unverhohlen dafür ein, daß die Regierung die Verhandlungen in London sabotiert und Gewaltmaßnahmen seitens der Entente herausbeschwört. Diese Gesellschaft größenwahnsünniger Militärs a. D. und hirnverbrannter Oberlehrer hat nicht genug an dem Unheil, das sie durch ihr kriegerisches Treiben in den Jahren vor dem Kriege und durch ihr Anreizungsgeheiß während des Krieges angestiftet hat. Sie mag es auch jetzt noch an die Deffenlichkeit zu treten und im Namen der „Deutschen aller Schichten und Parteien“ ihre nationalitätlichen Tiraden vorzubringen. Diese Banditen sollen es sich gesagt sein lassen, daß sie am allerwenigsten das Recht haben, jezt große Löhne von sich zu geben. Ihr Plak wäre von Rechts wegen auf der Anklagebank vor einem Revolutionstribunal. Da ihnen dieses Schicksal bisher erspart wurde, ist nur der Gutmütigkeit und der Kurzsichtigkeit des deutschen Proletariats zuzuschreiben, das es leider unterließ, der Hydra des Nationalismus den Kopf zu zerreißen.

Ungerechte Entlassung

Zustände bei der Eisenbahndirektion Königsberg

Uns wird geschrieben: Der Eisenbahngeselle Anton Hoffmann wurde von dem Bahnhofsportland Spitz in Allecios bei der Eisenbahndirektion Königsberg fr. demunziert, daß er politische Propaganda betrieben hätte. Hoffmann bestreitet dies, und die Eisenbahndirektion vernimmt darauf ein paar Zeugen. Zwei davon des letzten Hoffmann, und zwar soll er gelagt haben, sie sollten politisch stimmen, er würde ihnen auch gute Stellen bei den Polen besorgen, wenn er Vorstand vom Bahnhof Rastenburg wäre, denn er stünde schon jezt mit den Polen in Verbindung.

Hoffmann sagt aus, daß er nie daran gedacht habe, so etwas zu tun. Das Zeugnis Hoffmanns wurde von der Eisenbahndirektion als belanglos hingestellt. Aus den Akten der Eisenbahndirektion Königsberg fr. läßt sich feststellen, daß die Eisenbahndirektion nicht objektiv gehandelt hat. Bei ihr hand von vornherein jezt, daß Hoffmann ein Landesverratler ist.

Dabei ist aus dem ganzen Vorgang zum mindesten der Verdacht berechtigt, daß es sich bei der Denunziation des Spitz um einen Racheakt handelt. Am 25. August 1920 merkte der Eisenbahngeselle Hoffmann an seiner vorgelegten Behörde allerlei Verleumdungen des Spitz. Spitz wird beschuldigt, daß er schließt, und zwar nicht nur als Hamsterer, sondern großzügig, wie er ist, hat er sogar wagnonweise verschoben; Haber, Schweinefleisch, Mehl. Er benutzt dazu sogar Dienstrechtsbriefe und stiehlt Erde und nimmt Schmiergelder. Wenn Spitz zu Bekannten zur Hochzeit eingeladen wird, dann ist er so großzügig und gibt Dankschreiben für Lampen. Dieser gute Mann kann noch mehr. Er hat es fertig gebracht, 6 bis 7 Kollegen von dort wegzubringen, damit den Leuten bei der Besorgung erhebliche Kosten entstehen.

Während man von einer Unterladung gegen Spitz nichts gehört hat, gibt seine Aussage gegen Hoffmann so viel, daß infolge seiner schädlichen Denunziation über das Schicksal einer Familie entsetzt werden wird. Die Eisenbahndirektion Königsberg hat sich an diesem Verbrechen mitschuldig gemacht, indem sie den Schieber so lange schalten und walten ließ. Jezt ist er wegen der Schiedungen verurteilt worden und die Direktion läßt ihn in aller Ruhe bis Spüren vermissen.

Warum wurde dem Hoffmann nicht nochmals Gelegenheit gegeben, sich zu rechtfertigen? Die Direktion Königsberg gab ihm dazu keine Gelegenheit, sondern sabotierte alles, was der Hoffmann zu seiner Rechtfertigung unternahm.

Hoffmann wurde erst durch Strafverurteilung nach Insterburg seiner Familie entzogen und am 1. Februar 1921 ohne Aufschub aufs Straßensplak geworfen.

Wir erwarten, daß der Verkehrsminister sofort einschreitet und das begangene Unrecht aufmacht, indem er für die Rückberufung Hoffmanns und für die Befreiung derjenigen sorgt, die unter Mißbrauch der Dienstgewalt gegen den Mann vorgegangen sind.

Die Beamten aber sollen daraus lernen, daß sie sich jezt vor solcher schändlichen Behandlung schützen müssen, indem sie den Kampf aufnehmen für Beamtenräte mit einem wirklichen Mitbestimmungsrecht.

Soldatenschinder Hiller vor Gericht

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Hauptverhandlung gegen den Soldatenschinder Oberleutnant d. R. Hiller, der, neben zahlreichen anderen Mißhandlungen, den Hülfiler Karl Helmhake im März 1918 derart mißhandelt hat, daß der Tod des Soldaten eintrat.

Hiller wurde im Dezember 1919 vom Kriegsgericht zu 7 Jahren Festung und später in der Berufungsinstanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Für den Prozeß sind drei bis vier Tage vorgezogen und über 60 Zeugen geladen. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer, die Verteidigung des Angeklagten hat Rechtsanwalt Dr. Hirschfeldt übernommen.

Der belangene Geschworene.

Vor der Geschworenenauslosung erklärte sich einer der Herren als belangt, da er Soldat gewesen sei und schwer verwundet worden wäre. Er habe trübe Erlebnisse als Soldat gehabt, was gewisse Vorurteile in ihm wachgerufen habe. Völlig objektiv sei er deswegen dem Beratungsgegenstande nicht gegenüber. Das Gericht erklärt den Geschworenen nach kurzer Beratung für belangt.

Personalbestellung des Angeklagten.

Der Angeklagte Hans Hiller, 48 Jahre alt, Gerichtsassessor a. D., wurde am 2. Mobilmachungstage als Leutnant d. R. und Zugführer zum Garde-Hülfiler-Regiment, Berlin, eingezogen. Er wurde während des Krieges verschiedentlich Male verwundet. 1918 wurde er zum Oberleutnant befördert.

Der Verteidiger gegen die Zuständigkeit des Schwurgerichts.

Nach der Personalbestellung des Angeklagten beantragt der Verteidiger die Herbeiführung eines Gerichtsbeschlusses darüber, ob das Schwurgericht überhaupt zuständig ist. Der Verteidiger bestreitet mit allen möglichen juristischen Spitzfindigkeiten die Zuständigkeit. Einer der vielen Soldatenschinder, ein Angeklagter, der bisher nur vor Kameradengerichten sich zu verteidigen hatte, soll nach der Ansicht des Rechtsanwaltes nicht vor die Schranken des Schwurgerichts kommen. In bürgerlichen Zeitungen waren, wahrscheinlich inspiriert durch den Verteidiger, in den Tagen vor dem Prozeß in diesem Sinne Artikel erschienen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Sauer vertritt eine gegenteilige Auffassung.

Nach Beratung erklärt sich das Gericht als zuständig.

Berechnung des Angeklagten.

Der Angeklagte schildert die Frontverhältnisse des Abschnittes, in der er sich die Mißhandlungen des verstorbenen Helmhake hatte ausfinden kommen lassen. Die Stellung war gut von den Russen einzunehmen. Die Truppe hatte erhebliche Verluste durch Feuerwirkung und Erkrankungen. Unterstände waren nicht vorhanden, sondern nur Erdlöcher, die mit Ästen, Felshaken usw. zugedeckt waren. In den Höhlen kampierten durchschnittlich 4 Mann. Verpflegung war sehr schlecht. Strenge Arreststrafen wurden durchzuführen an einen Baum vollstreckt.

Vorsitzender: Haben Sie Helmhake geschlagen?

Angeklagter: Nein!

Vorsitzender: Können Sie sich dessen nicht mehr erinnern, aber wissen Sie genau, daß Sie Helmhake nicht mißhandelt haben?

Angeklagter: Nein, ich habe Helmhake nicht geschlagen! Auf Befragen des Staatsanwaltes sagt der Angeklagte aus, daß er Ende Juli wegen

Mißhandlung eines Unteroffiziers mit dem Gewehrkolben in der Front abgelöst und mit 8 Tagen Stubenarrest (!) bestraft worden sei.

Vorsitzender: Ist es richtig, daß Sie einmal gesagt haben, bei mir gibt es keine Kranten, sondern nur Verwundete oder Tote?

Angeklagter: Jawohl, das ist möglich! Ich habe mich nie krank gemeldet, trotz Fiebers.

Zeugen-Berechnung.

Zeuge Schmidt (Reserveleutnant): Im Grunde meinte der Angeklagte es mit seinen Leuten gut. Er war jedoch über entschuldbar keine Verfehlungen der Mannschaften sehr erzregt, und ich habe einmal gesehen, daß er einen schlafenden Posten mit dem Spaten geschlagen hat.

Zeuge Richterfeld: Helmhake fiel mir durch sein schlechtes Aussehen auf. Kameraden erzählten mir, daß er mit drei Tagen befristet gewesen sei. Eines Tages kam Helmhake nicht zum Gewehrreinen, weil er krank war. Der Kompanieführer Hiller bestrafte ihn deswegen. Helmhake wurde an einen Baum gebunden. Als ich vorbeikam, jammerte H. Später wurde er abgeführt und als Arrestant in ein Erdloch gebracht. Bei der Paroleausgabe teilte der gefasene Gefreite Kühn mit, daß dem Arrestanten Helmhake nichts zu essen und zu trinken gegeben werden soll.

Angeklagter: Einen solchen Befehl habe ich nicht gegeben.

Zeuge L.: Helmhake konnte sich kaum auf den Beinen halten als er abgeführt wurde.

Staatsanwalt: Hat sich der Angeklagte in Ausdrücken veranlassen?

Zeuge L.: Jawohl. Ausdrücke wie Schwein, Nas, Sammel usw. gebrauchte er sehr häufig. Mißhandlungen anderer Soldaten durch den Angeklagten habe ich gesehen.

Zeuge Kaiser: Ich lag mit Helmhake im Arrestloch. Helmhake hatte blutigen Durchfall und hatte sich vollgemacht. Eines Tages wurde er von einem Sanitäter herausgeführt. Helmhake konnte sich nicht aufrecht halten. Der Angeklagte Hiller kam dazu und schrie:

„Trampelt das Schwein da!“

Hiller trat nach Helmhake und schlug mit einem Bergstock nach ihm. Ein Arzt besuchte den schwerkranken Helmhake nicht. Essen erhielten wir durch Kameraden zugesteckt. Unter zusehendem Essen erhielten wir nicht. Gefreiter Kühn hat gesagt, wir sollten beschleunigt kein Essen erhalten. Der Angeklagte hat einmal nach seinem Revolver gegriffen und zu mir gesagt:

„Das Schwein gehört über den Haufen geschossen, was tut der noch auf der Welt!“

Zeuge Berlin: Als Helmhake an einen Baum gebunden war, sah ich Hiller auf ihn einzutreten und sah, wie er Helmhake ins Gesicht schlug. Warum er ihn geschlagen hat, ist mir nicht bekannt. Vor dem Erdloch, in dem Helmhake lag, stand ich Posten. Wir Posten erhielten den Befehl, Helmhake nichts zu essen und zu trinken zu geben. Nachts wimmerte und schrie Helmhake. Ich konnte es nicht mehr mitanhören, froh in das Erdloch und hielt Helmhake einen Säckeball vor die Lippen. Er lag im Fieber. Ich hatte das Gefühl, daß Helmhake sterben würde. In dem Erdloch lagen Kameradenbüchsen mit blutigem Rot. Am nächsten Tage wurde Helmhake von zwei Soldaten aus dem Loch zur Latrine geschleift. Oberleutnant H. sah dieses und rief:

„Ist das Nas denn noch nicht tot, trampelt das Nas doch in den H—!“

Dabei trat der Angeklagte dem schwerkranken Helmhake ins Gesicht. Das habe ich gesehen und werde ich nie vergessen. Der Zeuge führt gegen den Angeklagten gegendel, mit erhobener Stimme weiter aus: „Nicht sagt jetzt noch Ekel und Abscheu, denn ich das Gesicht des Angeklagten sehe!“

Vorsitzender: Das Urteil über den Angeklagten müssen Sie den Geschworenen überlassen. Sie haben nur ihre Aussagen zu machen.

Die Sache soll gedeckelt werden.

Zeuge Bollberg (Unteroffizier): Helmhake war an einen Baum gebunden. Ich sah, daß der Angeklagte Helmhake mißhandelt hat. Der Kompanieführer hat mir nach dem Tode von Helmhake erzählt, daß Hiller zum Unterarzt gesagt hat: Hören Sie mal, wir müssen die Sache deckeln, damit uns niemand an den Wagen fahren kann. Der Angeklagte hat auch andere Soldaten geschlagen, sogar mit dem Bergstock. Häßliche Ausdrücke gebrauchte der Angeklagte des öfteren.

Zeuge Kadke: Als ich zur Kompanie des Angeklagten kam, erzählten mir meine Kameraden das Schicksal Helmhakes, daß er in ein schmutziges Erdloch gebracht worden und darin verstorben sei. Als wir uns einmal auf dem Marsche befanden, nahm mein Nebenmann von Einwohnern ein Stück Brot an. Der Angeklagte kam herangeritten und schlug die jen Soldaten mit der Reitpeitsche oder einem Stock. Ein anderes Mal sah ich, wie Hiller einen Unteroffizier schlug. In der Kompanie wurden die Soldaten überhaupt viel geschlagen und an den Baum gebunden. Der Angeklagte verbot uns, daß wir uns gegenseitig im Falle des Ablebens Wertgegenstände und Pakete zuschrieben, denn, so sagte er, die Pakete gehörten in erster Linie ihm. Ich meldete mich einst freiwillig zum Wasserholen, um mich dort trinken zu können. Täglich erhielten wir ein Kochgeschirr voll Wasser, deswegen füllte ich am Brunnen meine Feldflasche und die einiger Kameraden. Bei der Rückkehr sah Hiller, daß wir gefüllte Feldflaschen hatten und er befahl, sämtliches Wasser aus den Feldflaschen wegzuschütten! Wir hätten für den Tag nur ein Kochgeschirr voll Wasser zu verlangen, erklärte er.

Angeklagter: Ich mußte darauf achten, daß die Mannschaften kein mazeriertes Wasser tranken.

Zeuge K.: Der Brunnen war nicht choleraverdächtig, denn das ganze Bataillon holte das Wasser aus diesem Brunnen. Der Angeklagte benahm sich außerordentlich rücksichtslos gegen die Mannschaften. Bei stürmendem Regen lagen wir eins in Stellung. Die anschließende Kompanie hatte die Zeltbahnen zum Schutz über den Graben gespannt. Als wir dieses ebenfalls machten, gab Hiller den Befehl, die Zeltbahnen wegzunehmen, wir mußten ungeschützt einige Stunden im Regen stehen.

Nach beendeter Berechnung dieses Zeugen wird die Verhandlung auf heute vertagt.

Nachdem das Gericht sich als zuständig erklärt hatte mit der Begründung, daß ein Sondergericht nur dann ein Ausnahmegericht sei, wenn es sich gegen bestimmte Personen oder Parteien richtet, was aber hier nicht der Fall ist, weil jedermann vor dieses Gericht kommen kann, wenn er gegen bestimmte Straftaten verstoßt, legte der Vorsitzende noch dar, daß die ordentlichen Gerichte mit ihrem Ueberfluß an formellen Bestimmungen nicht dem Zwecke der Verordnung des Reichspräsidenten entsprechen, eine Vereinfachung im Interesse des Bestandes des Reiches herbeizuführen. Von einem Wiederaufleben der Militärgerichtsbarkeit könne keine Rede sein.

Dann wurden die Anklagen gegen die einzelnen sieben Angeklagten verlesen, worauf Rechtsanwalt Dr. Wolff wiederum den Antrag stellt, daß das Gericht unzuständig sei, weil die Angeklagten auf Grund der Anklage des Hochverrats schuldig sein müßten. Die Verhandlungen gehörten dann vor das Reichsgericht.

Die Angeklagten

Im weiteren Verlauf des Kommissariatsprozesses wurde vom Staatsanwalt die Anklagestrafe erläutert. Diese lautete auf folgende Fragen auf: Besteht in Deutschland eine Rote Armee? Haben die Angeklagten dieser Rote Armee angehört und gehörten sie dieser Rote Armee freiwillig an oder nicht? Der Staatsanwalt führte aus, daß es von größter Wichtigkeit sei, die Frage zu klären, wo die Instifter der Organisation einer solchen Armee zu suchen seien. An der kommunistischen Partei liege es nun, Farbe zu bekennen. Um die Sachlage zu klären, beantrage er, daß hervorragende Mitglieder und Führer der kommunistischen Partei als Zeugen geladen werden. Der Verteidiger Dr. Wolff verlangt daraufhin sofort die Ladung von Dr. Levi, Däumig und Klara Zetkin. Verschiedene Personen aus dem Substratum, die bei der Kennung des Namens Zetkin lachen, werden trotz ihres Sträubens mit Gewalt aus dem Saale entfernt.

Darauf begann die Berechnung der ersten drei Angeklagten. Der Bergmann Schröder, ein bisher unbekannter Arbeiter in einem Eisenwerk gibt an, daß er zunächst der Unabhängigen und dann der kommunistischen Partei angehört habe. Er sei des Glaubens, nur durch den Kommunismus könne der Kapitalismus beseitigt werden. Der Gärtner Klumüller ist an Lungenentzündung erkrankt. Ob er an den weiteren Verhandlungen teilnehmen kann, hängt von der Untersuchung des Gerichtsarztes ab. Er ist der Überzeugung, daß die übrigen sozialistischen Parteien daran krankten, daß sie den Sozialismus auf ihre Fahne geschrieben haben. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Arbeit können nicht auf undäuligem Wege geführt werden. Der dritte Angeklagte, Bergmann Harbig, ist ebenfalls der Ansicht, daß sich das kommunistische Ideal nicht ohne Gewalt verwirklichen läßt. Auf Antrag der Verteidigung wurde sodann

die Sitzung bis Mittwoch früh vertagt, damit sich die Verteidigung nochmals mit den Angeklagten in Verbindung setzen kann.

Wer hält wohl die Richter für so naiv, daß sie selber das glauben, womit sie ihre Zuständigkeit begründen, nämlich, daß jeder Mann vor so ein Gericht kommen könne, weil es sich nicht gegen bestimmte Personen oder Parteien wendet? Diese Ketter des Vaterlandes, die ein beschleunigtes Verfahren im Interesse des Bestandes des Reiches brauchen, benutzen doch nur die Möglichkeiten des Sondergerichtes, um das Klassenbewußte Proletariat zur Über zu lassen — in der Hoffnung, daß der Widerstand der Arbeiterklasse dadurch gelähmt wird für den Fall, daß wieder einmal bewaffnete Banden der Reaktion den „Bestand des Reiches“ bedrohen. Aber diese Gesellschaft wird sich enttäuscht sehen.

Frauen merkt auf!

Der Brotpreis soll erhöht werden!

Am 21. Februar, einen Tag nach der Freisprechung, tritt die Konferenz der Ernährungsminister in München zusammen, um die Erhöhung der Getreidepreise zu beschließen. Das Ernährungsministerium schlägt eine Erhöhung der Preise um mehr als 40 Prozent vor, so daß die

Erhöhung des Brotpreises

die notwendige Folge ist.

Soweit haben es die Agrarier durch ihren Ablieferungsstreik gebracht! Noch nicht ein Viertel der Menge Brotgetreide, zu deren Ablieferung sie verpflichtet sind, haben sie abgeliefert. Mehrere Millionen Zentner Brotgetreide aber sind trotz Verboies an das Vieh verfüttert und in der Schleichhand gebracht worden. „Wir lassen unser Vieh nicht verhungern“, sagten die Agrarier im Reichstage. Ob aber die Menschen darben und verhungern, das ist ihnen gleichgültig.

Jetzt aber haben die Agrarier bereits eine Erhöhung des Getreidepreises durchgesetzt. Die bürgerlichen Parteien haben 1300 Millionen Mark

zur Verbilligung von Mais an die Landwirte bewilligt. Diese Verbilligungssaktion ist ein Riesengeschäft für die Agrarier. Außerdem erhalten die Agrarier — obwohl sie doch zur Ablieferung des Brotgetreides verpflichtet sind, für jeden Zentner abgelieferter Brotgetreides 1½ Zentner verbilligten Mais geliefert.

Das ist ein neuer unverschämter Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler.

Für eure Rot, ihr Frauen, für die Fürsorge für eure Kinder, für soziale und Wohltätigkeitswerke ist kein Geld vorhanden.

Frauen, gebt den bürgerlichen Parteien am 20. Februar die Antwort!

wählt alle unabhängig.

Schiebungen mit Kalk

Das Deutsche Kalksyndikat teilt mit: Vor dem Wuchergericht in Düsseldorf wurde der sogenannte Kalkschieberprozeß gegen Baumann und Genossen in der Zeit vom 20. Januar bis 7. Februar verhandelt. Es stellte sich heraus, daß die Schieber in allen Teilen Westdeutschlands mehrere hundert Waggons Chlorkalk, von denen die Hälfte beschlagnahmt werden konnte, zu Inlandspreisen aufkauft hatten. Die Waggons wurden auf Grund gefälschter Ausfuhrscheine und unter falschen Produktangaben nach Holland verschifft. Der holländische Betrüger M. Cotton, Rotterdam, Kruwerhaven 144, der mit den deutschen Schiebern Hand in Hand arbeitete, konnte nicht gefast werden. Seine Helfershelfer erhielten die folgenden Strafen:

Bilster Baumann, Geschäftsführer der Chem. Werke W. D. Baumann, Düsseldorf-Unterrath, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und 50 000 Mark Gemeinnützigung. Frau M. D. Baumann, Inhaberin derselben Firma, 3 Monate Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe, 20 000 Mark Gemeinnützigung. Wilhelm Baumann, Mitglied der Deutschen Antikalkstein-Gesellschaft m. b. H., Düsseldorf-Oberbassel, 2 Jahre Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe, 50 000 Mark Gemeinnützigung. Ferdinand Kössig, Mitglied der selben Firma, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe, 20 000 Mark Gemeinnützigung. Julius Fiegler, Vorstand bei derselben Firma, 2 Wochen Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe. Gustav König, Chemiker, Düsseldorf, 6 Monate Gefängnis, 40 000 Mark Geldstrafe. Eugen Schickendorf, Agent, Düsseldorf, 3 Monate Gefängnis, 20 000 Mark Geldstrafe. Wilhelm Kehler, Baum i. M., i. N.: Emil Kehler & Sohn, Hamm, 6 Monate Gefängnis, 20 000 Mark Geldstrafe, 20 000 Mark Gemeinnützigung. Wilms, Malstraße, 20 000 Mark Geldstrafe und 5000 Mark Gemeinnützigung. Leopold Reikenrod, Inhaber der Firma G. Kahn in Dunsen: 25 000 Mark Geldstrafe und 6000 Mark Gemeinnützigung.

Das Reichsjustizministerium hat erneut die Grenzaußenbeamten auf die Kalkschieberungen aufmerksam gemacht und sie zur Verstärkung über alle verdächtigen Fälle der Kalkausfuhr aufgefordert.

Betriebsräte in der privaten Landwirtschaft

Der preussische Landwirtschaftsminister weist in einem Erlaß darauf hin, daß anlässlich des letzten Landarbeiterstreiks im Bezirk Stralburg festgestellt worden ist, daß in den landwirtschaftlichen Privatbetrieben die Wahlen von Betriebsräten noch nicht überall eingeleitet sind. Der Minister ermahnt daher an, daß damit unverzüglich dort begonnen wird, wo nach dem Betriebsrätegesetz die Errichtung einer Betriebsvertretung notwendig ist. Die Landräte sind zur Verstärkung über die Zahl der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Privatbetriebe und über die Zahl der in jedem von ihnen tätigen landwirtschaftlichen Arbeitnehmer aufgefordert worden. Der preussische Landwirtschaftsminister hat ferner auch für die sämtlichen anderen Regierungsbezirke, außer Stralburg, eine Nachprüfung darüber gefordert, ob die Betriebsvertretungen überall vorhanden sind.

Populaire wird Parteivorsitzender. Der Nationalrat der sozialistischen Partei (Richtung Renaudel-Langue) hat gestern einmütig beschlossen, das Blatt Le Populaire in Paris zu einem Massenblatt umzuwandeln, dessen politische Leitung Langue und Leon Blum übernehmen werden.

Die französischen Delegierten auf dem Wiener Sozialistenkongreß. Der Nationalrat der alten sozialistischen Partei hat gestern die Delegierten für den Wiener Kongreß aufgestellt. Es sind folgende fünf Persönlichkeiten vorgeschlagen: Renaudel, Langue, Mikral, Paul Faure und Guade.

Staatssekretär Bergmann wieder in Paris. Staatssekretär Bergmann ist gestern mittags wieder in Paris eingetroffen. Man erklärt, daß er eine Note der deutschen Regierung an die französische Regierung in der Reparationsfrage überbringt.

Das Sondergericht

Der Prozeß gegen die Führer der „Roten Armee“ in Kassel

Unter starkem Andrang des Publikums begann Montag vormittag vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos II der Prozeß gegen die sieben der Organisation einer Roten Armee im Ruhrgebiet angeklagten Kommunisten. Nach der Eröffnung der Verhandlungen durch Landgerichtsrat Dr. Hartmann, stellte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Wolff aus Düsseldorf den Antrag, daß das Gericht sich als Sondergericht für unzuständig erklärt soll. Er führt verschiedenes Material dafür an, daß seiner Ansicht nach das Gericht ungesetzlich ist, weil es verschiedene Artikel der Reichsverfassung verletzt. Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, auf die sich die Einrichtung der Sondergerichte stützt, sei aus einem anderen Sinne heraus gehoben, nämlich dem, die ungesetzliche Organisation von Freikorps während des Rapp-Bühches zur Rechenschaft zu ziehen. Im Verlauf der Verhandlungen werde er beweisen, daß diese Korps sämtlich noch bestehen, und bewaffnet im Lande verteilt sind. Der Staatsanwalt wollte jetzt den Spieß umdrehen und zu einem großen Schlag gegen die kommunistische Partei als solche ausfallen. Dieser Schlag werde ins Wasser fallen und die Rückschlüsse der Staatsanwaltschaft in einer Weise durchwässern, an die heute noch gar nicht gedacht werde. Ungerecht sei es auch, daß das Sondergericht im Auftrag des Reichspräsidenten durch den Reichswehrminister eingesetzt worden ist. Er habe eine 18 Seiten lange Verfügung des Reichswehrministers bei den Akten, woraus hervorgeht, daß die Reichswehr zum Kampf im Innern gedrillt werden soll.

Rechtsanwalt Dr. Sedel aus Frankfurt a. M. erinnert an die von den Franzosen während der Besetzung von Frankfurt a. M. eingerichteten Militärgerichte und folgert daraus, daß sich das Kasseler Sondergericht nur der Gewalt beugt, wenn es sich für zuständig erklärt. Es bestünde dann aber nicht zu Recht.

Staatsanwalt Dr. Meier erwidert, daß bisher seines Wissens gegen keine rechtsstehenden Organisationen verhandelt worden ist, weil keinerlei Material gegen solche vorliegt. Immer seien es, wie beispielsweise beim Jungdeutschen Orden in Kassel, harmlose Wortwände gewesen. Dagegen trübe die kommunistische Presse eine schamlose Heße gegen die Regierung, gegen die Richter, gegen Wehr und Polizei und fordere täglich die Massen zum bewaffneten Aufstand auf. Täglich schieben neue rote Organisationen wie Pilze aus der Erde.

Rechtsanwalt Dr. Wolff stellt fest, daß die Staatsanwaltschaft den Prozeß von vornherein in ein politisches Fahrwasser gebracht habe. Der Verteidiger führt zahlreiche Waffensünde bei Rechtsorganisations an und verweist auf das Breslauer Sondergerichtsurteil, durch das ein Leutnant freigesprochen worden sei. Das Gericht beschloß, die Akten über dieses Urteil einzuforschen,

HERMANN TIETZ

Handarbeits-Wettbewerb
für Kinder von 7 bis 18
Jahren zum Besten der „Deutschen Kinderhilfe“
Anmeldungen und Bedingungen in der Handarbeits-Abteilung Leipziger Straße

Besonders preiswerter Angebot in Wirtschaftlich-Artikeln

Tellerwagen 27 ⁵⁰ 31 ⁵⁰	Brotkörbe fein lackiert, nur neue Muster 9 ⁵⁰	Esslöffel Aluminium 95 Pl.
Kaffeemühlen Holz, mit Nickelrichter ... 28 ⁵⁰	Brotbüchsen fein lackiert 32 ⁵⁰ 35 ⁰⁰	Kaffeelöffel Aluminium 45 Pl.
Wand-Kaffeemühlen gute Ausführung 52 ⁵⁰	Keksbüchsen fein lackiert 5 ⁵⁰ 6 ⁵⁰ 10 ⁷⁵	Tischmesser mit Aluminiumheft 7 ⁵⁰
Tafelwagen 5 kg Tragkraft 72 ⁵⁰	Spirituskocher mit Ballon 37 ⁵⁰ 49 ⁵⁰	Dessertmesser mit Aluminiumheft 6 ⁷⁵
Reibemaschine 15 ⁵⁰	Rosshaarbesen 16 ⁵⁰ 22 ⁵⁰	Vorleger Aluminium 8 ⁵⁰
Waschbretter mit Zinkeinlage 6 ⁷⁵	Rosshaarhandfeger 14 ⁰⁰ 16 ⁵⁰	Gemüsemesser 1 ⁶⁵ 3 ⁵⁰
Waschwannen Zinkblech m. Holzbd. 95 ⁰⁰ 125 ⁰⁰ 165 ⁰⁰	Teppichhandfeger 8 ²⁵ 10 ⁷⁵	Eierschneider 14 ²⁵
Waschzuber Zinkblech m. Holzbd. 95 ⁰⁰ 130 ⁰⁰ 175 ⁰⁰	Schuh-Glanzbürsten 95 Pl.	Brotkörbe vernickelt 6 ⁵⁰

Waschtische 65 ⁰⁰ mit voller Platte, 50x43 cm ...	Alpaka-Kaffeelöffel Stück 8 ⁰⁰ Alpaka-Esslöffel Stück 13 ⁵⁰	Aluminium-Schmorlöpfe 155 ⁰⁰ mit Deckel Ø 16 bis 24 cm, Satz = 5 Stück	Tischmesser 3 ⁵⁰ mit schwarzem Heft Stück
Emaill-Schmorlöpfe 24 cm 13 ⁵⁰	Emaill-Ringtöpfe 8 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 14 ⁷⁵	Wannen verzinkt 22 ⁵⁰ 25 ⁵⁰ 32 ⁵⁰ 36 ⁵⁰ 45 ⁰⁰ 36 cm 40 cm 44 cm 52 cm 52 cm	Wasserschüsseln verzinkt 3 ⁷⁵
Emaill-Eimer 19 ⁵⁰	Emaill-Wasserkessel 20 ⁵⁰		

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
7 Uhr: Das Volkamt
Die Komödie der Freuden

Neues Volkstheater
Adelberger Str. 62
7 1/2 Uhr: Nora

Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Mignon
Schauspielhaus
6 1/2 Uhr: Peer Gynt

Deutsches Theater
6 1/2 Uhr: Faust I.

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen
Großes Schauspielhaus
7 Uhr: Florian Geyer
(A. W. Meyerhold)

Theater I. B.
Königsgräber Str.
8 1/2 Uhr: Jekaterina Iwanowna
(Lucie Schütz, Paul Bilde, Dersburg, Trösch, Bömer, Schlegel)

Mitwoch-Salons
Witz, Klugheit, Satire
Korn, Genuss, Weisheit, Rufe
Kochkunst, (Erst Versuchung)
Danzwart, Jekaterina Iwanowna
Festung: Salome

Komödienhaus
Das weiße Lämmchen
mit Max Pallenberg
(Emmy Gurn, Gertrud Gumbel, Georg Seidel, Olga Berg, Eva Döck, Frieda Lehmann)

Berliner Theater
Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall
mit Fritz Massara,
Gans Wolkemann, Julius Brandt,
Reinhold Veich

Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Die Gesellschaft des
Abbé Chateaufauf
Schauspiel von Emile Augier
(Groszoldt, Kucharski, Uka
Grünig, Käthe Frank, Luise
Werkmeister, Franz Burg, Fern.
Pöhlmann, Julius Falkenstein,
Hilfsherg, Fichtel, Paul Mergen)

Refidenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Lady Windermere's Fächer
von Oscar Wilde
(Gehardt, Sandbrook, Teufel,
Krauß, Balkenbrin, Otto,
Wilmanns)

Kleines Theater
(Unter den Linden 44)
Täglich 7 1/2 Uhr:
Calancons Sohn
Rosa-Theater
7 1/2 Uhr:
Hoffnung auf Segen

Theater am Kollendorferplatz
7 1/2 Uhr:
Wenn Liebe erwacht ...

Thalia-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mascottchen

Spezial-Arzt Dr. Schott für alle Geschlechts-
krankheiten, Haut-, Hals-, Frauenleiden,
bakterielle Ausfälle, Ausschlag, Manneschwäche, Gonorrhoe,
Krebs in allen u. zweifelhafte Fällen durch Blutuntersuchung
Ramb. Neu- u. Silber-Galocollin-Rufen. Separates Damenzimmer.
Im tiefsten Ruhe-
zustand. **Dir.: A. Löser sen.**
9-1, 4-8, 9-1.
Nur Rosenthaler Str. 69-70

Spezial-Arzt Dr. Jaffe für Geschlechts-
krankheiten, Haut-, Hals-, Frauenleiden,
bakterielle Ausfälle, Ausschlag, Manneschwäche, Gonorrhoe,
Krebs in allen u. zweifelhafte Fällen durch Blutuntersuchung
Ramb. Neu- u. Silber-Galocollin-Rufen. Separates Damenzimmer.
Im tiefsten Ruhe-
zustand. **Dir.: O. Löser, Münzstr. 9**
Tafelbergstr. 11, 4-8, Sonntags 9-1. Damen separiert

Spezial-Arzt f. sämtl. Geschlechts-
krankheiten u. Blutunter-
suchung. **Dr. med. Karl Reinhardt**
Potsdamer Str. 117
an der Lindenstraße

C. Weisser Viele Jahre in Krankenhäusern
und Kliniken tätig gewesen
Jetzt Brunnenstr. 191, I. Etage. **W. Rosenthaler Pl.**
Behandelt alle Geschlechtsleiden bei Männern u. Frauen
schnell, mögl. ohne Operation u. ohne Berufsaufhebung durch
neue schmerzlose Radikalur u. Teilzahlung.
Untersuchung u. Auskunft kostenlos
Sprechstunden 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12

**Reichels Echter „Medico“
Wacholder-Extrakt**
Ein vielseitig erprobtes Naturprodukt, be-
rühmt durch seine kräftig blutreinigende, heil-
same Wirkung gegen alle von unzureichendem
Blut u. Blutstauung herrührenden Krank-
heiten, Hautleiden, Hämorrhoiden, be-
sonders Rheumatismus, Gicht, Jochias,
Nierens-, Harn- und Blasenleiden, Bes-
schwerden der Wechseljahre, für Bluts-
arme von hartender Kraft.
Niemals offen ausgenommen, garantiert rein und
frisch wie in meinen Originalpackungen
M. 5.50, 16,-, 20,-
In den Drogerien u. Apotheken erhältlich.
Man achte aber nur die garantierten Original-
Einschlüsse mit der Einheitsmarke „Medico“ und
mit der Nachzeichnung.
Otto Reichel, Berlin 46, Eisenbahnstraße 4.

Witte, bekannte Möbelfabrik,
liefert preiswerteste Möbel unter der Bedingung
gegenständlicher Dekoration
komplette Wohnungseinrichtungen
zu günstigen Zahlungsbedingungen
Offerten unter V. 70 a. Exp. b. „Freiheit“, Berlin C 2

Bettnässen
bei Kindern, sowie Erwachsenen
die Garantie für voll. Befreiung.
Nur und Geschlecht angegeben.
Kostenlos Auskunft erteilt:
Hygienischer Versand
ROSA ZWERENZ MÜCHEN 13/1
Neuerburger Straße 13.

Juckender Haut-
ausschlag mit nässlichen Bläschen
und kleinen roten Punkten
verschwindet in wenigen Tagen durch
„Reichels Kr.-Salb“,
der auch in hartnäckigsten Fällen
vollkommen sicher wirkt. 4.50,
Otto Reichel, Berlin 46, S.O.,
Eisenbahnstraße 4.

Frost
besenreinliche
und praktische
Frostschäden
bittet. **Woll-
kautschuk**
Prof. Dr. C. Weisser,
Wirkung erprobend, M. 2.50,
Otto Reichel, Berlin 46
O, Eisenbahnstr. 4.

**Kupfer,
Messing, Blei,
Rotguss**
kauft laufend
TUTEL, WIEMER
Schulendorfer Straße 6,
am Bahnhof, Schöneberger Wk.

Dringend! Gute Preise. Dringend!
**Kupfer / Rotguss / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager**
Schulendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Geschlechts-
krankheiten, wenn alles
andere versagt, nachweis-
bar nach Hilfe im **Kaisers
Institut** (ärztliche Leitung),
Müchenerplatz, (Berl. Str. 10-1
4-8, Sonnt. 11-1. Damen-
zimmer separiert. Jeder Kranke
verlangt Dr. med. Ludwig
Klein, Schrift für M. 2.50 im
verschloß. Umschlag ohne Kal-
druck. Angabe des Leidens
erforderlich.

**Kapitan
antabak**
zu haben in den besten
Zigarren-Geschäften
General-Debit:
C. RÖCKER, Berlin,
Hilfenbergers Straße 22
(Königsplatz 2001)

**Riefen-Breite für
Almetalle
Quecksilber**
Verglauer Str. 24
Waldstraße 8
Gubener Str. 59
Schaller Str. 95 a
Bahnhofstr. 46, Schöneb.
Händler-Expresse.

**Kupfer, Messing,
Blei, Rotguss**
kauft laufend
TUTEL, WIEMER
Schulendorfer Straße 6,
am Bahnhof, Schöneberger Wk.

Dringend! Gute Preise. Dringend!
**Kupfer / Rotguss / Messing
Quecksilber
Zinn / Weißlager**
Schulendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der
Metallarbeiter
Karl Knittel
Neußd. Jägerstr. 18, am 12. Februar gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. Mts.,
nachmittags 2 Uhr, am der Reichenhaller des Gemein-
dehofes in Berl., Charlottenstr. aus statt.
Keine Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 11. d. Mts. verstarb unser Kollege, der Arbeiter
Theodor Pluge
Mitschd. 47.
Eure Iliem Trauernde!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Piniensir. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Am Mittwoch, den 16. Februar 1921, nachm. 6 1/2 Uhr
bei Krause, Wilmersdr. 18, Restaurant „Zur alten Post“
Branchenversammlung
aller Meister und Meisterinnen
der Kleinbetriebe

Am Donnerstag, den 17. Februar 1921, in Schul-
Halle, am Köpenicker Platz
Vertrauensmännerversammlung
der Branche der Walzwerke, Blei-, Kabel-,
Draht- u. Papierarbeiter u. Arbeiterinnen
Wichtige Tagesordnung.
Die Ortsverwaltung.

Jeder Betriebsrat muß die
Schrift von Arb. Hilfering
Die Sozialisierung und die
Rechtsverhältnisse der Riefen-
lesen. Preis 1.- Mk. (Post
extra). Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit“,
Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Arbeitsmarkt
Kantonsstr. 4, Berlin
Johannisstr. 4.

**Billige
Hosenwoche**
von Montag, 14., bis Sonnabend, 19. Februar.
Sämtliche Hosen sind bedeutend im Preise herabgesetzt
größtenteils unter Anschaffungspreis.

Serie I Hosen sehr haltbar, in schönem Modern M. 55	Serie IV Hosen in verschied. eleganten Modern M. 150
Serie II Hosen in Kammergarn und Chaxiot M. 89	Serie V Hosen vornehm gestreift, von Couture passend M. 170
Serie III Hosen aus gutem Kammergarn, stark M. 120	Serie VI Hosen schwarz, aus vorzeitig Tuchkammergarn M. 275

Unterhosen für Herren, sehr gute halt-
bare Qualität M. 5⁰⁰ | **Herrensocken** sehr gute, haltbare
Qualität M. 5⁷⁵

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine** Filialen mehr
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
Mittel für jedermann einen
**billigen und guten
Lesestoff**
Belehrend / Unterhaltend
Jedes Mitglied erhält bei dem Vierteljahres-
beitrag von
nur M 7.50
jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte un-
ter 4 gute Böcher erster Schriftsteller

Anmeldung durch die
Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2
Breite Straße 8-9

Münzen :: Briefmarken
kauft Großmann, Johannissir. 4.
Jugendstr. 2, Berlin C 2, Nordstr. 109/21

Groß-Berlin

Zur Erhöhung der Personenzahnpreise

Der Verband der reisenden Kaufleute Deutschlands hat in einer ausführlichen Eingabe an das Reichsverkehrsministerium erneut seine Wünsche zu der in Aussicht stehenden Erhöhung dargelegt. Er fordert vor allem, daß die Erhöhungen der Fahrpreise nicht nur durch die Lohnaufbesserungen der Beamten und Arbeiter, sondern auch durch die Verbesserung aller Eisenbahnbedarfsgegenstände hervorgerufen sind, mit der so oft angekündigten Sparmaßnahme endlich einmal der Anfang gemacht werde. Er weist darauf hin, daß auch die großen Unternehmungen, die die Bedarfsgegenstände der Eisenbahn liefern, zu Opfern an ihren Gewinnen bereit sein müssen, wenn endlich eine Besserung der Eisenbahnfinanzen eintreten soll. Der Verband schlägt vor, wenn eine Erhöhung der Fahrpreise durchaus nicht zu umgehen ist, auf die Kilometerhefte, die sich dort, wo sie eingeführt waren, durchaus bewährt haben, zurückzukommen, und weist ferner auf die englische Einrichtung der „Traders Tickets“ hin, die entsprechend den Warennetzkäufen Preisermäßigungen auf den englischen Eisenbahnen gewährt. Zur Erwägung wird in der Eingabe die Frage gestellt, ob die Traglasten in der vierten Klasse ebenso wie bei den Straßenbahnen die großen Gepäckstücke zur Steigerung der Einnahmen herangezogen werden könnten, vielleicht auch eine mächtige Gebühr für zu umfangreiches Handgepäck. Der Verband hat sich schließlich über die Tarifungleichheiten bei der Benutzung kleiner Strecken beschwert und das Reichsverkehrsministerium ersucht, diese Fragen vor einer neuen Erhöhung der Eisenbahnpreise eingehend zu prüfen.

Diese Eingabe ist echt kapitalistisch. Der Eisenbahnminister hat selbst erklärt, daß das Defizit der Eisenbahnen nur zum geringsten Teile auf die Erhöhung der Löhne, zum weit aus größeren Teile aber auf die Erhöhung der Materialpreise zurückzuführen ist. Da diese Lasten, wie enorm die Privatunternehmungen an den Geschäften mit der Eisenbahnverwaltung verdienen, vor aller Augen liegt, sehen sich die Kapitalisten zu der schönen Geste veranlaßt, ein Opfer am Profit bringen zu wollen. Daß das nur eine schöne Geste bleibt und nicht zur Tat werden wird, dafür sorgt schon das Profitinteresse der Unternehmer, das viel stärker als jede Nachgiebigkeit gegenüber dem Bedürfnis der Allgemeinheit ist.

Nun kommt aber das echt kapitalistische: Wie in der Steuerpolitik die Belastung der Arbeiterbevölkerung der kapitalistischen Weisheit letzter Schluss ist, so auch in der Verkehrspolitik. Daher rufen die Kaufleute mit dem neuen Vorschlag heraus, das Handgepäck der Reisenden 4. Klasse zu besteuern, mit einem erhöhten Fahrpreis zu belegen.

Dasselbe Ziel verfolgt der Vorschlag, das große Handgepäck mehr zu belasten. Die kapitalistischen Herrschaften, die im Sommer mit ihren riesigen Schrankkoffern in die Luxusbäder reisen, diese aber als Passagier ausgeben, würden davon natürlich freibleiben, denn sie reisen mit ihrem Handgepäck. Aber die Arbeiter, die in der vierten oder dritten Klasse oft mühsam genug mit ihren Tragkörben unterkommen, sollen dafür einen extra hohen Fahrpreis zahlen.

Das ist der ewig gleichbleibende Vorschlag der Kapitalisten: Abwälzung aller Kosten, alles Defizits auf die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung!

Die neuen Wege der Stromversorgung Berlins

Die außerordentliche Kohlennot und die Unsicherheit in der Anfuhr der Kohle nach Berlin haben die Notwendigkeit erwiesen, zur Vermeidung einer teilweisen Lahmlegung der Berliner Industrie neue Stromquellen zu erschließen. Den Anfang hierzu machte die Fernleitung Golpa-Berlin, die nach während des Krieges vollendet wurde. Aber diese eine Leitung reicht zur nötigen Bedienung des Mehrbedarfs der Berliner Industrie nicht aus und so wurde im Herbst v. J. der weitere Ausbau der Stromversorgung Berlins in Angriff genommen. Die schon seit längerer Zeit geplante Ringleitung, die das Kraftwerk Kummelsburg zur besseren Verteilung des von Golpa nach Berlin gelangenden Stromes mit dem Kraftwerk Moabit verbinden soll, wird nunmehr als sogenannte Freileitung durch die Straßen Berlins geführt, und zwar folgt sie dem Zuge der freien Ring-

straßen im Norden Berlins, durch die Ostee-, Wisner-, Bornholmer-, Christiania- und Seeltrabe, in denen die breite Mittelpromenade eine für die Einwohner gefahrlose Auffstellung der Hochspannungsmasten gestattet. Diese Masten sind zum größten Teil aufgestellt. Es sind circa 20 Meter hohe Gittermasten, an denen im oberen Drittel drei doppelreihige Ausleger von 6 bis 8 Meter Länge angebracht sind. Die Enden dieser Ausleger sind mit gläsernen Hochspannungsisolatoren versehen, an denen die Leitungseile aus Aluminium zur Aufhängung gelangen. Zur Vermeidung der Blitzgefahr verbindet die Spitzen der einzelnen Masten noch ein Schutzseil aus Stahl, welches gleichzeitig als Blitzableiter ausgebildet ist. Mit Eintritt wärmeren Wetters soll mit dem Spannen der Leitungsdrahte begonnen werden. Gleichzeitig ist zwischen Trattenhof und Friedrichsfelde, wohin die Zentralleitung des nach Berlin gelangenden Fernstromes verlegt werden soll, eine neue Fernleitung gebaut worden, für die die Vorarbeiten, Aufstellen der Masten usw. rege im Gange sind. Während durch die Golpa-Leitung die in der Gegend von Bitterfeld befindlichen Braunkohlenfelder für die Stromversorgung der Berliner Industrie herangezogen werden, sollen durch die letztgenannte Leitung die Niederläufiger Braunkohlenfelder der Berliner Stromverbraucher nutzbar gemacht werden. Die Gesamtanlage hofft man im Laufe des Frühjahrs dem Betriebe übergeben zu können, so daß von diesem Zeitpunkt an die Berliner Industrie von der Steinkohlenförderung unabhängig gemacht wird.

Im 15. Verwaltungsbezirk (Treptow, Ober- und Niederschöneweide, Adlershof usw.) fand seit der Einführung die erste Bezirksversammlung am Freitag, den 11. Februar, im Treptower Rathaus statt. Nach der Verpflanzung des Bezirksverordneten Lehmann (U.S.P.), der seinerzeit erkrankt war, folgte die Verpflanzung eines beamteten Protokollführers, des Gemeindefeldmarschalls Rahndt. Dann folgten die Mitteilungen, daß sich eine Fraktion der U.S.P. neu gebildet habe, bestehend aus den Bezirksverordneten Freising und Müller, die beide aus der U.S.P.-Fraktion ausgeschieden sind, ferner daß als Verbindungskommissar für den 15. Bezirk Stadtrat Stoll ernannt ist. Die zu Jahresbeginn notwendige Neuwahl des Vorstandes ergab einstimmig die Wiederwahl des alten. Zwecks Festlegung einer endgültigen Geschäftsordnung soll mit den anderen Bezirken Fühlung genommen werden, um eine Einheitsliste zu erzielen und, um Kosten zu sparen, ein gemeinsames Drucken derselben zu ermöglichen. Bis dahin soll die Geschäftsordnung der Stadt Berlin sinngemäß angewendet werden. Schließlich wurde mit von den vielen anderen kommunalistischen Massenorganisationen verhandelt und so konnte der Bericht des Ausschusses für die Wahlen zum Bezirksamt entgegenkommen werden. Die sozialistischen Parteien waren überaus gekommen, die besoldeten Voten nur mit Sozialisten zu besetzen. Dies sagte den bürgerlichen Herren natürlich nicht. Von unserem Redner wurde den Herren gründlich die Wahrheit gesagt. Ein Zurückwehlungsantrag der Bürgerlichen wurde abgelehnt, die Schlagen nun zu jedem Voten einen ihrer „Nachleute“ vor. Es half alles nichts. Gewählt wurden gegen die Stimmen der Bürgerlichen: zum 1. Bürgermeister Stadtrat Grunow (U.S.P.), zum 2. Bürgermeister Stadtrat Wermuth (S.P.), als Stadträte Peters, Bengel, Pöhlke (U.S.P.) und Röhner, Steuer (S.P.). Bei der Wahl der unbesoldeten wurde die Wahl eines Demokraten ermöglicht, um alle Parteien vertreten zu haben. Die Wahl ergab von jeder Liste einen als gewählt, und zwar: Bennewitz (U.S.P.), Lemm (S.P.), Bourat Biesch (Dem.), Klapp (Bürgerblock). Damit war die Tagesordnung erledigt.

Das Kohlenamt Berlin weist darauf hin, daß die Frist zur Eintragung in die Beileistungslisten endgültig am Dienstag, den 15. Februar 1921, abläuft und ersucht dringend alle Kohlenarteninhaber, in ihrem Interesse die Eintragungspflicht nicht zu vernachlässigen. Die Eintragung muß auch von denjenigen Verbrauchern vorgenommen werden, welche glauben, einen Anspruch auf größere Kohlenmengen, als die ihnen zugefallene Kohlenart ausweist, zu haben. Die diesbezüglichen Beanstandungen sind erst nach dem 1. April d. J. an das zuständige Bezirkskohlenamt zu richten. Alle Verfügungsberechtigten der Grundstücke mit Zentralheizungs- und Wärmepflanzenanlagen werden darauf hingewiesen, daß die Neueintragung beim Kohlenhändler für die kommende Heizperiode vom 1. April 1921 bis 31. März 1922 erst nach Empfang der neuen Kohlenbezugshefte bis zum 15. März 1921 zu bewirken ist. Die neuen Kohlenbezugshefte werden den Bezugsberechtigten ohne besonderen Antrag rechtzeitig zugestellt. Das Kohlenbezugsheft 3 für den Bezirk Berlin-Neudamm wird am Dienstag, den 15. Februar 1921, von Volksgarten Str. 13 nach Brunnenstr. 115, Ecke Volkstr., verlegt. Das Amt bleibt an diesem Tage geschlossen. Der Verkehr mit dem Publikum wird in den neuen Räumen am Mittwoch, vormittags 9 Uhr, wieder aufgenommen.

Oberschlesier erhebt Einspruch! Wer erhebt Einspruch?

Antwort:

1. sein Antrag auf Eintragung in die Stimmlisten abgelehnt ist,
2. sein Antrag von den paritätischen Ausschüssen zur Entscheidung dem Interalliierten Bureau übergeben worden ist,
3. ihm eine Nachricht über erfolgte Eintragung in die Stimmlisten noch nicht zugegangen ist.

Wann und wo ist der Einspruch zu erheben?

Antwort:

Solo: auf dem Bureau der nächsten Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. Hierzu die aus O. erschlauen zugehende Benachrichtigung mitbringen, falls solche eingetroffen ist.

Wie hat der Einspruch zu lauten?

Antwort:

Der Einspruch ist eingehend zu begründen und mit Datum und Unterschrift zu versehen. — Die Ortsgruppen geben jedermann hierzu genaue Auskunft!

Was ist die Folge, wenn nicht sofort Einspruch erhoben wird?

Antwort:

Stimmverlust! Vereingte Verbände heimattreuer Oberschlesier.

Städtische Wochenmärkte in Neukölln werden an nachstehenden Stellen abgehalten: Magdalenaplatz am Montag und Donnerstag von 8 bis 1 Uhr, am Sonnabend von 2 bis 7 Uhr nachmittags, Kranoldplatz am Mittwoch und Sonnabend von 8 bis 1 Uhr und auf der Schillerpromenade am Dienstag und Freitag von 8 bis 1 Uhr. Die Märkte erfreuen sich eines regen Zuspruchs.

Städtische Jugendpflege in Neukölln. Die Stadt Neukölln hat im Interesse der Jugend eine Reihe von Einrichtungen geschaffen, die sich in erster Linie auf alle schulpflichtigen Kinder, ferner aber auf die noch nicht schulpflichtigen und die bereits entlassenen Jugend beiderlei Geschlechts erstrecken. Die bereits im Vorjahre mit großem Erfolge in der Königshöhe und auf der Abteinallee veranstalteten Jugendspiele, die täglich von 6—8000 Kindern besucht wurden, und einen Kostenaufwand von 1/2 Million Mark erforderten, sollen auch in diesem Jahre bei Beginn der wärmeren Jahreszeit in erweitertem Umfang wieder aufgenommen werden. Außerdem finden ein- oder mehrtägige Wanderungen in das nähere und weitere Heimatgebiet statt, wobei die Kostenfrage bisher in der Weise geregelt wurde, daß jedes beteiligte Kind einen Beitrag von 65 Pf. zu erbringen und die Stadt alle übrigen Kosten der mehrtägigen Wanderung zu bestreiten hatte. Den Gemeindefunktionären sind unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Frostperiode Eisenbahnen zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung gestellt. — Der schulpflichtigen Jugend wird durch geeignete Veranstaltungen des Jugendamts, die zum Teil in Arbeitsbüros, Betrieben, Beschäftigten und musikalischen Darbietungen bestehen, Gelegenheit zur persönlichen Weiterbildung gegeben.

Elternversammlung in Bohnsdorf. Mit dem Thema „weilliche Schule“ beschäftigte sich eine in der hiesigen Schaulaule stattgehabte stark besuchte Elternversammlung. Sehr zahlreich waren auch die bürgerlichen Parteien vertreten. Der Referent, ein Lehrer aus Neukölln, schloß eingehend (oft durch Zwischenrufe der Gegner der weillichen Schule unterbrochen), welcher Geist an der hiesigen Gemeindefunktion herrscht. In der Diskussion sprach unter anderem auch der Herrr Hochmann aus Grünau und einige Genossen. Letztere führten besonders aus, daß einige unserer Lehrkräfte durchaus nicht als Volksschüler zu betrachten sind. Schon des öfteren mußte sich die Offenheit mit dem Wirken eines noch recht jungen Lehrers beschäftigen, der die Kinder mit Namen belegt, die ein Lehrer nicht gebrauchen sollte. Die Versammlung auch teilweise sehr erregt durch die Zwischenrufe von Seiten einiger Lehrer, so liegt die Erregung aufs Höchste, als der

Finsternis

Roman von Leonid Andrejew

Deutsch von Dr. O. D. Veitshof

(4. Fortsetzung.)

Oh... diesen schmiegsamen Schlangenhals so zwischen seine Hände zu nehmen und zusammenzudrücken. Sie wird gewiß nicht mehr dazu kommen, zu schreien. Sie würde ihm nicht dauern — denn in der Tat, jetzt, da er sie mit einer Hand an die Stelle gebannt, dreht sie ihren Kopf ganz nach Schlangenart. Sie täte ihm gar nicht leid — aber die Menschen dort unten!

„Ja, weiß du denn, Ljuba, wer ich bin?“

„Gemeiß. Du bist“ — sie sprach deutlich und feierlich jede Silbe aus — „ein Re-vo-lu-ti-o-när. Das bist du.“

„Und woher ward dir diese Kunde?“ Sie lächelte spöttisch.

„Wir leben doch nicht in den Wäldern.“

„Ahn, nun...“

„Gar nicht, nun, nun. Aber halte mich nicht so fest bei der Hand. Ja, einem Weib gegenüber versteht ihr alle eure Kraft zu zeigen. Loslassen!“

Er ließ ihre Hand los und setzte sich, den Blick mit schwerer, gespannter Nachdenklichkeit auf das Mädchen gerichtet. Obwohl in seinen Gesichtsmuskeln etwas zuckte, als sollte darüber unruhig irgend ein kleiner Ball, erschien doch sein Gesicht im ganzen ruhig, ernst und etwas traurig. Und wie er so dasaß mit seiner Nachdenklichkeit und seiner Trauer, wurde er wieder ganz fremd und fern und — wahr-scheinlich — im Innersten ein Guter.

„Nun, was glaubst du so?“ — schrie ihn das Mädchen grob an und fügte, ihr selbst ganz unerwartet, ein frivoles Schimpfwort hinzu. Er hob erstaunt seine Brauen, ohne seinen Blick abzuwenden, und begann ruhig, etwas hohl und fremd klingend, wie aus weiter Entfernung, zu sprechen.

„Ja... also Ljuba. Du kannst mich natürlich verraten und nicht nur du, sondern jedermann in diesem Hause, ja fast jeder Nächste auf der Straße. Er braucht nur: „Halte ihn!“ zu schreien und gleich verlammen sich Duzende, ja Hunderte von Menschen, die alle versuchen werden, mich zu ergreifen, ja womöglich unzubringen. Und wofür? Lediglich, weil ich niemand Böses getan, lediglich, weil ich mein ganzes Leben eben diesen Menschen geopfert habe. Begreift du wohl, was es heißt: Sein ganzes Leben opfern?“

„Nein, das begreife ich nicht“, erwiderte scharf das Mädchen, hörte aber aufmerksam zu.

„Und die einen werden es aus Dummheit machen, die andern aus Schlechtigkeit. Denn, Ljuba, der Böse erträgt keinen Guten, die Schlechten lieben nicht die Guten...“

„Wofür sollte man sie auch lieben?“

„Denke nicht, Ljuba, daß ich so — mit Porraj, mich selbst liebe. Aber sieh: was ist mein Leben, mein ganzes Leben? Von meinem vierzehnten Lebensjahr an treibe ich mich in den Gefängnissen herum. Aus dem Gymnasium hat man mich hinausgeworfen, aus dem Elternhaus — die Eltern selbst. Einmal hätten sie mich auf ein Haar erschossen, und nur durch ein Wunder konnte ich mich retten. Und zu denken: das ganze Leben so gelebt, das ganze Leben nur für andere — nichts für sich. Gar nichts.“

„Und warum bist du so „gut“, fragte das Mädchen höhnisch. Er aber antwortete ernst.

„Ich weiß nicht. Wahrscheinlich bin ich so geboren.“

„Und ich bin als eine Schlechte geboren. Und kam doch auf demselben Wege zur Welt wie du — mit dem Kopf voran. Ach, geh mir.“

Aber er schien gar nicht zuzuhören. Mit immer gleichem Blicke in sein Inneres, in seine Vergangenheit, welche nun in seinen Worten vor ihm selbst unerwartet so schlechtweg heterotisch, gigantisch auferstand — fuhr er fort:

„Denke nur an: ich bin schon sechsundzwanzig Jahre alt, an den Schläfen bin ich schon grau, und doch kenne ich bis heute...“ er stotzte, beendete dann aber fest und sogar mit Ueberhebung... „bis heute keine Weiber. Verstehst du mich? — ganz und gar nicht kenne ich sie. Du bist die erste, die ich so sehe. Und, aufrichtig gesagt, ich schäme mich ein wenig beim Anblick deiner nackten Arme.“

Die Musik setzte aufs neue toll ein, und der Fußboden erzitterte leicht vom Fußgetrampel dort unten. Jemandem Betrunkener johlte zum Verzweifeln, als triebe er eine Herde wildgewordener Pferde. Im Zimmer war es still, und der Tabakrauch schwebte leise durch den rauchigen Nebel und ver-schwand.

„So ist also mein Leben, Ljuba!“ — er senkte nachdenklich und ernst die Augen, ganz unter dem Banne der Erinnerungen an sein Leben, das so rein und so qualvoll schön war. Sie aber schwieg. Dann erhob sie sich und warf über die nackten Schultern ein Tuch. Aber kaum, daß sie seinen erhaunten und gleichsam dankbaren Blick wahrnahm, lachte sie kurz auf und rief dem Tuch herab, wobei sie ihr Hemd so niedergleitete ließ, daß die eine rotig durchschimmernde und ganz Brust ganz und gar entblößt war. Er wandte sich ab und zuckte leicht mit den Schultern.

„Trist!“ forderte ihn das Mädchen auf. „Laß das Gesichtsmachen!“

„Ich trinke gar nichts.“

„Du trinkst gar nichts? Na, ich trinke, wie du siehst“ — und sie lachte wieder unshön.

„Ja, wenn du etwa Zigaretten hättest. Ich nehme gern eine an.“

„Ich habe welche. Aber sie sind schlecht.“

„Das ist mir gleich.“

Während er die dargereichte Zigarette nahm, bemerkte er freudig, daß Ljuba ihr Hemd in Ordnung gebracht hatte, und er begann zu hoffen, daß alles noch gut ablaufen werde. Er rauchte ungeschickt, ohne den Rauch einzatmen, und seine Zigarette hielt er wie eine Frau zwischen zwei gespannt gestreckte Finger.

„Du kannst ja nicht einmal rauchen“, rief sie aus und riß ihm zornig und grob die Zigarette aus der Hand. „Laß es sein.“

„Nun bist du wieder böse...“

„Bin ich auch.“

„Und weswegen, Ljuba! Bedenke doch nur: ich schlief ja zwei Nächte nicht, lief wie ein Wolf durch die Stadt. Schön: du wirst mich verraten, man wird mich festnehmen — was hast du groß für eine Freude davon? Und überdies werde ich mich bei lebendigem Leibe nicht ergeben, Ljuba...“

Er verstummte.

„Willst du etwa schiefen?“

„Ja, das werde ich.“

Die Musik riß ab, aber jener Wilde, jener vom Wein sinnlos Betrunkene johlte noch immer. Offenbar hielt ihm jemand im Spah oder im Ernst den Mund zu, und die Töne klangen zwischen den Fingern hindurch noch verzweifelter und schrecklicher. Im Zimmer roch es nach Parfüm — oder nach parfümierter, billiger Seife, und dieser Geruch war die, feucht und pervers; an einer Wand hing unbedeckt, zerdrückt und flachgepreßt eine Anzahl von Blusen und Unterröcken. Das alles war so widerwärtig, und es war so seltsam, sich vorzustellen, daß auch das „Leben“ heißt, und daß die Menschlichen imstande sind, ein solches Leben immer zu führen — so unangenehm schien ihm das, daß er wie verständnislos mit den Schultern zuckte und noch einmal langsam Umschau hielt.

„Wie es bei Ihnen ausseht“, sagte er nachdenklich und ließ seinen Blick auf Ljuba haften.

„Nun?“ fragte sie kurz.

Er sah sie an, wie sie so dasaß und begriff, daß sie zu dauern sei. Und kaum hatte er es begriffen, so tat sie ihm auch schon im tiefsten Herzen leid.

„Du arme Ljuba.“

(Fortsetzung folgt.)

an der hiesigen Schule amtierende Lehrer Kühne sich erdreistete, zu sagen, die Elternbeiräte sind ihm viel zu dumme. Nur mit Mühe gelang es dem Leiter der Versammlung, die Anwesenden zu beruhigen und nur der Besonnenheit der hiesigen Arbeiterschaft ist es zu danken, daß die Versammlung nicht noch in Tätlichkeiten ausartete. Wenn sich Lehrer allerdings denart gegen die Einrichtung der Elternbeiräte wehren, dann wird sich der Kampf um die weltliche Schule, um den Fortschritt überhaupt auch gegen diese Lehrer richten müssen!

Freie Wahl am 1. März. Nachdem der Vertrag zwischen den Krankenkassen und der Ärzteschaft abgeschlossen ist, werden die noch zu erledigenden technischen und organisatorischen Vorbereitungen für die Neuregelung der kassenärztlichen Versorgung Berlins am 1. März so weit sein, daß dann die freie Wahl in Kraft treten kann. Bis dahin bleibt es bei den bisherigen Verhältnissen. Einige Sonderabmachungen werden dann später getroffen und zwar, was für die Allgemeinheit wichtig ist, die Regelung der Familienversicherung und die Einführung der ärztlichen Sonntagsruhe bzw. eines Sonntagsdienstes.

Die gestrenge Krankenschwester, Beamtin der Schulpöbel bei H. H. W. hat eine Nachtanzveranlassung auf, die von einem bereits angefallenen Buchhalter B. Wohlgenau in der Wohnung der 53jährigen Krankenschwester jetzt inszeniert wurde. Als die Beamtin die Räumlichkeiten betrat, war der Betrieb bei Wein und Sekt in vollem Gange. Sämtliche 23 beteiligte Personen wurden verhaftet.

Taschdieb mit einem Regenschirm. Im Streit erschlagen wurde in der Nacht vom Sonntag ein etwa 33 Jahre alter Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Der Unbekannte geriet kurz nach Mitternacht unter den Linden, zwischen der Wilhelm- und Friedrichstraße, mit einem ihm fremden Renne in Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete. Sein Gegner verlegte ihm mit der Faust und mit dem Regenschirm so wichtige Schläge auf den Kopf, daß er bewußlos zusammenbrach. Der Besinnungslose wurde nach der Reitungsstraße in der Kronenstraße gebracht, dort konnte man aber nur noch den Tod feststellen. Der Gegner wurde von Zeugen des Vorfalls verfolgt, festgenommen und der Polizei übergeben.

Arbeiterport

Arbeiter-Portierklub. Am Mittwoch, den 15. Februar, findet in der Aula der Kaiser-Wilhelm-Schule ein Diskussionsabend mit dem Thema: „Bewertung eines Arbeiters durch die Welt“ statt. Die Gäste sind die Arbeiter der Kaiser-Wilhelm-Schule am 1. März, 7 Uhr.

Gewerkschaftliches

Kohlenmangel und Nacharbeit

Die erweiterte Verwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich am Sonntag, den 13. Februar 1921, mit der durch die Kaiserordnung der Kohlenstelle in den Werken vom 4. November 1920 geschaffenen Situation, die einen großen Teil von Metallarbeitern zwang, ihre Tagesarbeitszeit in die Nachtzeit zu verlegen. Der Bevollmächtigte Jiska gab eine eingehende Darstellung der Bemühungen, die die Organisationsleitung zur Befreiung der Verordnung unternommen hatte, mit dem Erfolg, daß am Sonntag, den 12. Februar, in einer Sitzung der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sowie der in Frage kommenden behördlichen Stellen die Aufhebung der Kaiserordnung und der damit erzwungenen Nacharbeit beschlossen werden konnte. Die endgültige Festlegung des Verlaufs für die gegenwärtig noch bestehende Stromkontingentierung wird am Montag, den 14. d. Mts., in der Kohlenstelle selbst erfolgen.

Die erweiterte Verwaltung beschäftigte sich dann mit einem Beschluß, der in einer Zusammenkunft der Obleute der Großbetriebe der Metallindustrie am 3. Februar gefaßt wurde und der dahin ging, daß vom Montag, den 14. d. Mts., ab die Nacharbeit zu verweigern sei. Der Bevollmächtigte Jiska ließ bei seinen Ausführungen gar keinen Zweifel, daß die Verwaltung dieser Körperschaft, die in dem Ortsstatut als beschließende und ausführende nicht vorgesehen ist, irgendwie das Recht zugesetzt, Beschlüsse zu fassen, die die Verwaltung und damit einen großen Teil der Berliner Kollegen vor vollendete Tatsachen stellt. Das Recht, Beschlüsse zu fassen, ist um so weniger vorhanden, weil ja diese Körperschaft die Verantwortung für die von ihr gefaßten Beschlüsse vor der gesamten Mitgliedschaft und deren Vertretern nicht zu tragen hat. Wenn die Verwaltung auch nichts dagegen hat, daß die Obleute der Betriebe zu informativem Besprechungen über die unterschiedlichen Verhältnisse der Lohn- und Arbeitsbedingungen der einzelnen Betriebe zusammenkommen, so ist damit der Zweck des Zusammenleitens erfüllt und steht dieser Obmannkonferenz nicht im entferntesten das Recht zu, irgendwelche Beschlüsse zu fassen, die ausschließlich den nach dem Ortsstatut vorhandenen verantwortlichen Körperschaften zustehen. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern, die als Bevollmächtigte und Leiter dieser Obmannkonferenz in Frage kommen, versucht, die Wirkung ihres dort gefaßten Beschlusses abzumildern mit der Begründung, daß sie von der in ihrem Betriebe vorhandenen Belegschaft gedrängt wurden, weil die Verwaltung auf diesen Konferenzen, die sich mit der Frage der durch die Kaiserordnung vom 4. November bedingten Nacharbeit beschäftigten sollte, nicht vertreten war. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, weil die engere Verwaltung bisher noch nicht die Möglichkeit hatte, zu dieser Angelegenheit endgültig Stellung zu nehmen.

Tarifverbindlichkeitsklärung. Der Deutsche Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin) teilt den Handelsreisenden und -arbeiterinnen im Einzelhandel mit, daß der am 27. Oktober 1920 zwischen der Einzelhandelsgemeinschaft und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Groß-Berlin, abgeschlossene Tarifvertrag vom Reichsarbeitsministerium mit Rückwirkung ab 1. Oktober 1920 für rechtsverbindlich erklärt worden ist. Alle Betriebe des Einzelhandels, auch die, welche dem Arbeitgeberverband nicht angehören, müssen ihre Arbeitnehmer jetzt nach diesem Tarif bezahlen. Der Tarifvertrag ist zu haben beim Deutschen Transportarbeiterverband, Engelauer 14/15, 2. Tr., Zimmer 33.

Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher. Heute, Dienstag, den 15., abends 7 Uhr, findet in der Königsbank, Große Frankfurter Straße 117, die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Es ist Pflicht aller U. S. P. D.-Mitglieder, pünktlich zu erscheinen und bis zum Schluß auszuharren.

U. S. P. D.-Mitglieder des Deutschen Transportarbeiterverbandes. Am Donnerstag, den 17. Februar, abends 7 Uhr, findet für die U. S. P. D.-Mitgliedschaft der Zahlstelle Berlin eine sehr wichtige Versammlung im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 98, statt. Es wird jedem zur Pflicht gemacht, zu erscheinen. Mitgliedsbücher der Partei und Gewerkschaft legitimieren. Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. Die Geschäftsleitung J. A. F. F. Schneider.

Öffentliche Wählerveranstaltungen

Lichtenberg, Dienstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula der Postaus (an der Köllendorferstraße). Referent Dr. Weigl.

Königsplatz-Bezirk. Heute abend 7 Uhr in Hartmanns Brauerei, öffentliche Wählerversammlung. Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen wird erwartet.

Ortsgruppe Prenzlauer Berg. Öffentliche Wählerversammlung, Mittwoch, 16. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Realgymnasium, Kaufstraße.

Ortsgruppe Wittenau. Am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Wählerversammlung. Lokal von Friedr. Schulze, Oranienburger Str. 88-89.

Friedrichshagen, Mittwoch, den 16. Februar, 7 1/2 Uhr abends, in Schröders Festhalle, öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Landtagswahlen und ihre Bedeutung. Referent: Genosse Seger.

Marienfelde, Mittwoch, 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Rodenhauer, Berliner Str. 114. Referent: Genosse K. R. I. I.

Malchow, Mittwoch, 16. Februar, abends, im Lokal von Domisch am Bahnhof. Referent Genosse Eljas.

Bohnsdorf. Öffentliche Wählerversammlung, Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula.

Zweiter Distrikt. Am Donnerstag referierte in der Schulaula, Pallasstraße, in einer sehr gut besuchten Wählerversammlung Genosse A. Stein über „Die politische Krise und die Landtagswahlen“. Er schilderte den ungeheuren Ernst der inneren und äußeren Situation, die namentlich durch die Haltung Bagerns herbeigeführt worden ist, und zog daraus die Konsequenz, daß die deutsche Arbeiterklasse weit entschiedener und entschlossener gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion kämpfen müsse. Nur durch Ueberwindung der inneren Reaktion könne jene internationale proletarische Front hergestellt werden, die den Verfall des Reiches zu verhindern vermag. Die preussischen Landtagswahlen seien eine Stappe in diesem Kampfe, der siegreich ausgefochten werden müsse. — Die Debatte, an der sich u. a. ein Kommunist und ein Mitglied der Deutschen Volkspartei beteiligten, gestaltete sich recht lebhaft. Genosse Kauling widerlegte in kurzen, prägnanten Ausführungen den kommunistischen Redner, worauf der Referent in seinem Schlusswort nur noch darauf hinzuweisen brauchte, daß es nun mehr denn je gelte, die Front des revolutionären Proletariats zusammenzuschließen, um es vor allen Abirrungen nach rechts oder links zu bewahren und die jegige Krise für den Kampf des Proletariats auszunutzen.

Erster Distrikt. In den Comenius-Sälen fand eine außerordentlich gut besuchte öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Grunow referierte unter gespannter Aufmerksamkeit und erntete am Schluß ihres ausgezeichneten Vortrages stürmischen Beifall. In ein Diskussionsredner der U. S. P. D. und der K. P. D. versuchten in der bekannten Art das Referat der Genossin Grunow abzuschwächen und den Verlauf der Versammlung zu stören. Genosse Rahmit verstand es jedoch, in der Diskussion den beiden kommunistischen Rednern in trefflicher Art entgegenzutreten, so daß die Genossin Grunow unter dem starken Beifall der Versammlung ihr Schlusswort halten konnte.

Jugendbewegung

Die Jugend fordert ihre Rechte!

Die Zentrale der Graphischen Jugend Berlins erläßt folgenden Aufruf:

Die gesamte proletarische Jugend hat mit den größten Hoffnungen die November-Revolution begleitet. Nachdem die brutalen Machthaber des Militärdictates gestürzt waren, glaubte sie die Bahn frei, um die Forderungen der Jugend zu verwirklichen, um ihre überaus traurigen Verhältnisse zu verbessern, um einen wirklichen Jugendbeschluß einzuführen.

Aber nichts ist leichter von der Regierung gesehehen, als die von der gesamten proletarischen Jugendbewegung aufgestellten Forderungen zu verweigern!

Nun fragen wir die graphische Jugend: Soll es so weitergehen wie bisher? Soll es so weitergehen mit den Hungerlöhnen der Jugendlichen, mit der vier Jahre langen Lehrzeit? Wollt ihr noch länger die Vereinerlichung der proletarischen Jugend ertragen?

Die Antwort kann nur heißen: Nein! Klar und deutlich hat die Jugend ihre Forderungen erhoben: Her mit dem sechsständigen Arbeitstag für die Jugend unter 18 Jahren! Her mit einem Lohn für den Lehrling, der für den Lebensunterhalt völlig ausreicht! Her mit den bestehenden Lehrverträgen, Festlegung der Lehrzeit auf zwei Jahre, Errichtung von Lehrwerkstätten! Gewährung eines vierwöchigen Urlaubs!

Wählt Vertrauensleute der Jugend! Wir rufen die graphische Jugend auf, in allen Betrieben zur Vertretung ihrer Interessen mehrere jugendliche Vertrauensleute zu wählen. Diese Vertrauensleute der Jugend haben zur Aufgabe:

1. Die Interessen der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gegenüber den Arbeitgebern zu vertreten, mit der Unterstützung der Arbeiter- und Betriebsräte.
2. Daraus hinzuwirken, daß in die Arbeiterschüsse Vertrauensleute der Jugend mit hineingewählt werden.

3. Versammlungen der im Betriebe beschäftigten Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Beratung der Forderungen und Betriebsangelegenheiten einzuberufen.

In den meisten Betrieben sind solche Vertrauensleute schon gewählt, die selbständig, zum Teil in Verbindung mit den Arbeiter- und Betriebsräten oder durch ihre Verbindung, die Forderungen der Jugend durchgeleitet haben. In dieser Weise muß auch in allen anderen Betrieben vorgegangen werden.

Die Vertrauensleute erhalten ihre Anweisung und Aufklärung in Zusammenkünften, die mit den Vertretern der „Graphischen Jugend“ obligatorisch stattfinden.

Um aber für die gesamte graphische Jugend die Forderungen durchzuführen, ist ein gemeinsames Vorgehen in allen Betrieben notwendig.

Auf alle, an die Arbeit! Zeigt euren Klassenossen, daß ihr notwendige Opfer für das große Ziel seid! Sorgt dafür, daß dies nicht leeres Stroh drehen war! Wählt Betriebsvertrauensleute!

Zusammenkunft aller jugendlichen Betriebsvertreter der graphischen Betriebe bei Brühl, Bentzstraße 6, Dienstag, den 15. Februar, 5 Uhr nachmittags. Jeder Betrieb muß mindestens 3 bis 4 Jugendliche entsenden.

Aus den Organisationen

Dienstag, 15. Februar

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Diskurs für die am 17. und 18. Februar stattfindenden Wählerveranstaltungen. Am 17. im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 1. Gruppe, in Empfang 8. U. S. P. D. 2. Gruppe, in Empfang 8. U. S. P. D. 3. Gruppe.

Bezirksverband Groß-Berlin. Die für heute beschlossene Konferenz mit dem Betrage der Gewerkschaft über die bürgerliche Frauenbewegung findet am Donnerstag, den 18. Februar, 11. U. S. P. D. 1. Gruppe, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 1. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 2. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 3. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 4. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 5. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 6. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 7. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 8. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 9. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 10. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 11. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 12. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 13. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 14. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 15. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 16. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 17. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 18. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 19. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. 20. Abteilung. Gewerkschaftlicher Ortsverband, abends 7 Uhr, im Saal des Nachmittags auf dem Friedrichshagen, Berlin Str. 88, 8. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Vereinskalender

Dienstag, 15. Februar

Zentralverband der Angestellten. 1. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 1. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 2. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 2. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 3. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 3. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 4. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 4. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 5. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 5. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 6. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 6. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 7. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 7. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 8. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 8. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 9. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 9. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 10. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 10. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 11. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 11. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 12. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 12. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 13. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 13. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 14. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 14. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 15. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 15. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 16. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 16. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 17. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 17. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 18. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 18. Gruppe.

Zentralverband der Angestellten. 19. Abteilung. Abends 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung in der Aula, Kaiser-Wilhelm-Schule, Köpenicker Str. 114, 11. U. S. P. D. 19. Gruppe.

Zur bevorstehenden Landtagswahl
erscheinen soeben:
Die Verfassung des Freistaates Preußen
Preis 2.00 Mark
Wahlgesetz zum Preussischen Landtag, Provinzial-, Landtags- und Kreistags-Wahlgesetz
Preis 2.50 Mark
Organisationen Preisermäßigung
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Kaufen Sie
DIXIN
von Henkel
bestes
Seifenpulver
Preis Mk. 2.25 das Paket.
Alleinige Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Soeben erschienen! Soeben erschienen!
Artur Crispian
Ueberflüssige Menschen
Preis 3.— Mark
Buchhandlg. „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9
Botenfrauen
für sofortsucht
Expedition Jordan,
Dresdener Str. 24.
VOLLBIERE PILSATOR BÖHMISCH DUNKEL
in Flaschen, Kannen, Syphon, überall erhältlich.
BÖHMISCHES BRAUHAUS
Wern, Pilsener, Böhmen, abwärts ergebend, Glas, Kaiser, etc.